

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

48 (26.2.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 66 J Zustellgebühr; abgeholt in der Geschäftsstelle und in Ablagen 2.- M; am Postschalter 2.15 M, durch den Postboten 2.80 M monatlich. Einzelheft 15 J

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 41.

Anzeigen: Die 7spaltige 'No-one'-Zeile oder deren Raum 50 J. Kleinanzeigen 1.50 M. - Lokalanzeigen billiger. - Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2-1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Eine deutsche Antwortnote.

Berlin, 25. Febr. (Privattelegr.) Wie wir von zukünftiger Seite hören, hat die deutsche Regierung die Note Millerands über die deutschen Kohlenlieferungen beantwortet. Sie stellt in ihrer Erwiderung fest, daß die tatsächlichen Ausführungen Millerands nicht zutreffen. Die Erledigung der materiellen Anfragen des französischen Ministerpräsidenten wird entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrags oder Wiedergutmachungskommission zugewiesen.

Die Saarkommission.

Saarbrücken, 25. Febr. (Privattelegr.) Die Saarkommission hat ihr Amt mit einer Proklamation an die Bevölkerung angetreten, in der sie im Namen des Völkerbundes erklärt, daß sie den Versailler Friedensvertrag sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach genau und auszuführen und zu befolgen gedenke. Alle Bestrebungen, die Bevölkerung zu beunruhigen, werde sie unmissverständlich unterbinden.

Der gute Wille Deutschlands anerkannt.

Wien, 26. Febr. Wie der 'Nieuwe Courant' aus London berichtet, erklärte Churchill im Unterhause zur Herabsetzung der deutschen Heeresstärke, bisher habe man nicht den Eindruck von mangelndem guten Willen der deutschen Regierung gehabt, die tatsächlich eine große Zahl von Bestimmungen des Friedensvertrages zur Ausführung gebracht habe.

Der Nachfolger Lersners.

Berlin, 25. Febr. Geheimrat Geyer, der schon seit längerer Zeit zur Erledigung wirtschaftlicher Fragen in Paris weilte, ist als Nachfolger des Präsidenten v. Lersner mit der Führung der deutschen Friedensdelegation betraut worden.

Die Entschädigungssumme.

Berlin, 25. Febr. (Privattelegr.) Die Preisinformation berichtet aus London: Die Verbandskommission bezieht zur Festsetzung der von Deutschland zu leistenden Entschädigungssumme die Sachverhalte der Alliierten in nächster Woche nach Paris einzubringen, damit die Entschädigungsansprüche innerhalb der nächsten drei Monate an Deutschland überreicht werden können. Außer den Zahlungen in Gold, die auf eine längere Zeit verteilt sind, wollen die Verbündeten eine Liste von deutschen Waren aufstellen, die ausschließlich an die Alliierten geliefert werden müssen.

Das besetzte Danzig.

Berlin, 26. Febr. Aus Danzig wird dem 'Berliner Volksanzeiger' gemeldet, daß der englische Oberkommissar für Danzig eine scharfe Verordnung gegen den Streik in lebenswichtigen Betrieben erlassen habe. Der Streik der städtischen Arbeiter dürfte durch diese Verordnung sein Ende erreicht haben.

Verurteilung eines Kehlens durch ein französisches Kriegsgericht.

Berlin, 25. Febr. (Privattelegr.) Nach einer Pariser Meldung des Hamburger Fremdenblattes verurteilte das Kriegsgericht in Spinal den deutschen Feldwebel Wilhelm Bühl zu drei Jahren Zuchthaus und 1000 Franken Geldstrafe, weil er französische Gefangene in einem deutschen Lager schlecht behandelt haben soll. Bühl ist Besitzer eines Caféhäuses in Kehl, wo er von der französischen Besatzung verhaftet wurde.

Das besetzte Danzig.

Berlin, 26. Febr. Aus Danzig wird dem 'Berliner Volksanzeiger' gemeldet, daß der englische Oberkommissar für Danzig eine scharfe Verordnung gegen den Streik in lebenswichtigen Betrieben erlassen habe. Der Streik der städtischen Arbeiter dürfte durch diese Verordnung sein Ende erreicht haben.

Eisenbahnerstreik in Frankreich.

Paris, 25. Febr. Gemäß den gestern gefassten Beschlüssen haben die Werksstättenarbeiter der Bahn Paris-Lyon-Mediterrane in Paris heute die Arbeit nicht aufgenommen. Die Arbeit ist auch in Lyon, Marseille und Dijon eingestellt. Bis jetzt umfaßt die Bewegung nur die Werksstättenarbeiter. Am Dienstag teilte die Direktion der Bahn Paris-Lyon-Mediterrane mit, daß der Personen- und Güterverkehr auf der ganzen Linie beinahe stillgelegt sei. Ein späteres Telegramm meldet, daß das Bundeskomitee der Eisenbahner von Paris heute vormittag 10 1/2 Uhr die sofortige Arbeitseinstellung auf den Stationen und in den Werksstätten in ganz Paris befohlen habe. Auf dem Lyoner Bahnhof in Paris verkehrten heute vormittag nur wenige Züge. Der Vorortverkehr ruht vollständig.

Streikbewegung in Belgien.

Brüssel, 26. Febr. Infolge der Teuerung namentlich des Brotes macht sich seit einiger Zeit in der Vorstadt unter den verschiedenen Arbeiterkategorien eine Streikbewegung bemerkbar. Der Ausstand der Bergarbeiter dehnt sich aus. Man befürchtet, daß es bald zum Generalstreik kommen werde, wenn nicht eine Herabsetzung des hohen Brotpreises erfolgt. Gestern durchzogen einige Züge von Streikenden mehrere Gemeinden und suchten vor den Gruppen die noch zur Arbeit Erscheinenden von der Arbeit abzuhalten. Die Züge wurden von der Polizei verfolgt. Auch in der metallurgischen Industrie wurde eine Bewegung zugunsten neuer Lohnforderungen unter den Arbeitern festgestellt.

Internationaler wirtschaftlicher Kongress.

Frankfurt a. M., 25. Febr. Am 30. April und 1. Mai 1920 findet in Frankfurt a. M. ein internationaler wirtschaftspolitischer Kongress statt. Die Einladungen zur Teilnahme an ihm gehen aus von den Vertretern der Stadt und der Handelskammer sowie von den Vorsitzenden der bedeutendsten Wirtschaftsverbände Deutschlands. Der Gedanke des Kongresses ist der, die praktischen Kaufleute der verschiedenen Nationen zu einer vorurteilslosen Aussprache über die Möglichkeiten einer Verbesserung des internationalen Handelsverkehrs und einer Herstellung dauernder friedlicher Beziehungen zwischen den verschiedenen Völkern zusammenzuführen. Die Veranstalter des Kongresses gehen von der Überzeugung aus, daß auch die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker in einem internationalen Wirtschaftsparlament auf dem Weg einer freien Aussprache unter Nationen besser geregelt werden, als durch eine Kabinettpolitik die mehr oder weniger bestrebt ist, dem eigenen Lande aus egoistischen oder imperialistischen Gründen Vorteile zu verschaffen, selbst wenn dies den berechtigten Interessen anderer Völker nicht entspricht.

Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen zunächst die brennenden internationalen Wirtschaftspragen, wie das Kohlenproblem, die Wäute- und Ernährungsfrage. Außerdem wird über die Verhältnisse der einzelnen Länder und die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung ihrer wirtschaftlichen internationalen Handelsbeziehungen von hervorragenden Kaufleuten der betreffenden Länder berichtet werden. Von besonderem Interesse werden dabei die Berichte aus Rußland, dem Baltikum und aus anderen Ländern sein, über deren Verhältnisse noch große Unklarheit herrscht.

Prozess Caillaux.

Paris, 26. Febr. Die gestrige Sitzung des Staatsgerichtshofes begann mit einer Vernehmung Caillaux über seine Beziehungen zu Cavallini und Scroggini, den Direktoren des 'Matino' in Neapel. Caillaux gibt an, daß er drei Reisen nach Italien unternommen habe und zwar in der Hauptabsicht, um die Gesundheit seiner Frau wieder herzustellen. Die Behauptung, die Rede Bethmann Hollwegs im Oktober 1916 sei durch seine Politik in Italien beeinflusst worden, könne nicht stimmen, denn die Unterhandlungen, die man ihm vorwerfe, hätten im Dezember stattgefunden. Er habe aber, da seine Frau längere Zeit in Italien zubringen mußte, gemeinschaftlich in Italien Wohnsitz genommen und deshalb einen Teil seiner Papiere und ein Teil seines Vermögens nach Italien gebracht. Der Senatspräsident ließ dann Caillaux zu sprechen. Aus seinen Aufzeichnungen ergab sich, daß Caillaux erklärt habe, Frankreich sei am Ende seiner Kräfte und könne nicht wünschen, auf seinem Gebiete eine stärkere englische Armee zu sehen. Man müsse deshalb einen Sonderfrieden vorbereiten. Caillaux erklärte, daß er niemals von einem 'Sonderfrieden' gesprochen habe, daß es aber seine Absicht gewesen sei, den Frieden vorzubereiten. Früher hätten sich die Nationen selbst genügen können. Heute aber sei eine jede auf die andere angewiesen. Man habe bereits damals die finanzielle Lage Frankreichs und Italiens. Caillaux ging schließlich dazu über, von dem in Florenz festgehaltenen politischen Programm zu sprechen, das man den Verbündeten genannt habe. Er erklärte, es handle sich hier um Notizen, die er niedergeschrieben habe, wie ihm die einzelnen Gedanken gekommen seien. Die Arbeit sei nicht vollständig worden. Er könne daher auch keine Verantwortung hierfür übernehmen.

Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht in Japan.

Amsterdam, 26. Febr. Den 'Blättern' zufolge meldet 'Eastern Service' aus Tokio, daß das japanische Abgeordnetenhaus während der Erörterung des Gesetzes über das allgemeine Wahlrecht der Schlußpunkt wider Zusammenhänge und eines Sondergesetzes war. Die Oppositionspartei stellte den Antrag, der Regierung ein Misstrauensvotum zu geben. Die Menge griff die Büros der Regierungsbürokraten wegen ihrer Opposition gegen das allgemeine Wahlrecht an. Die Polizei mußte einschreiten, um weiteren Zusammenstößen vorzubeugen.

Friedensfühler Rußlands.

Wien, 26. Febr. Der 'Nieuwe Courant' meldet drahtlos aus Moskau, die russische Sowjetregierung habe eine Friedensnote an die Vereinigten Staaten, Japan und Rumänien gerichtet. Amerika werde befragt, wann und wo die Friedensverhandlungen beginnen könnten. Japan werde auf seine wirtschaftlichen Interessen im fernem Osten hingewiesen.

England und Sowjetrußland.

London, 25. Febr. (Reuters.) Die Friedenskonferenz hat heute den Beschluß gefaßt, daß die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland nicht wieder aufgenommen werden sollen, bevor Sowjetrußland nicht eine Haltung zeige, die mit den Forderungen der Zivilisation übereinstimmt. Inzwischen werden die Handelsstaaten Rußlands eingeladen, sich eines Angriffs auf die Alliierten für den Fall eines Angriffs Rußlands zu verpflichten.

Müllereiarbeiterstreik.

Berlin, 26. Febr. (Privattelegr.) Die Arbeitnehmer im Müllereigewerbe sind, ohne den Spruch des Schlichtungsausschusses anzuerkennen und ohne das Demobilisierungsgesamt anzuerkennen, in den Ausstand getreten. Es handelt sich um je 25 große und 25 mittlere Betriebe, die ca. 20.000 Jtr. Müll produzieren.

Die Wahlen zu den Betriebsräten.

Die Demokratie ist unter allen Regierungsformen sicherlich für das Volk die unbequemste. Es darf nicht schlafen, darf die Dinge nicht laufen lassen, darf sich keinen politischen Winterschlaf und keine politischen Sommerferien gönnen, sondern muß stets auf dem Posten sein und seine Interessen wahrnehmen. Denn auch unter dem freiesten Wahlrecht der Welt und gerade unter ihm hat jeder nur so viel Einfluß, als er sich durch eigene Regsamkeit und Tüchtigkeit erwirbt, und wer nicht mitmüht, verliert seinen Einfluß und sogar das Recht, sich zu beklagen. Außerordentlich oft wird künftig das Volk mit zu entscheiden haben. Keine Rede davon, daß die Demokratie darin bestünde, alle vier Jahre zur Wahlurne zu gehen und dann alles weitere den gewählten Parlamentariern zu überlassen. Nein, das Volk wird künftig in der Stadt, in der Provinz, im Lande, im Reich zu wählen haben, es wird zur Wahlurne treten müssen, für die Volksabstimmungen, für die Präsidentenwahl, für die Wahl der Richterliste, für die Gewerbeämter, für die Schulbeiräte und für die Betriebsräte. In jedem Jahre wird an ein paar Sonntagen Wahl sein und die Zwischenzeit wird zur Agitation für die Wahl dienen müssen.

Das Betriebsrätegesetz, ein Stück Demokratisierung des Wirtschaftslebens, sollte bekanntlich schon vor Weihnachten fertig werden, damit noch vor Ostern die neugewählten Betriebsräte ihre Tätigkeit aufnehmen könnten. Die Verabschiedung der Vorlage hat sich seither verzögert, aber das Ziel schleunigsten Eingreifens der Betriebsräte in das Wirtschaftsleben ist geblieben. Die Wahlen zu den Betriebsräten müssen so stark wie möglich beschleunigt werden, und sie stehen jetzt dicht vor der Tür.

An sich wäre es zweifellos Sache der freien Gewerkschaften, in Gemeinschaft mit den Arbeitern jedes einzelnen Betriebes die geeignete Person für den Betriebsrat auszusuchen, die Wahllisten aufzustellen, den Wahlkampf durchzuführen. Denn die Betriebsräte sollen nach der Absicht des Gesetzgebers rein wirtschaftliche Zwecke erfüllen und sie müssen ganz vorwiegend wirtschaftlich orientiert sein, wenn das Betriebsrätesystem Nutzen stiften und nicht eines Tages elend Schiffbruch leiden soll. In den meisten Orten Deutschlands werden denn auch entsprechenden Beisitzenden der Gewerkschaftskongresse und den Anweisungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes die freien Gewerkschaften sich die Führung bei der Betriebsrätewahl nicht aus der Hand nehmen lassen.

In Wahrheit kämpfen innerhalb der Gewerkschaften zwei politische Parteien unaufhörlich um die Vormacht, und manche gewerkschaftliche Aktion scheint weniger unternommen, um die wirtschaftlichen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder zu fördern, als vielmehr dazu, den radikalsten Parteien bequemen Agitationsstoff gegen die Regierung und Regierungsparteien zu liefern. Überall wo die Unabhängigen die Mehrheit in den Gewerkschaften erlangt haben, haben sie die mehrheitssozialistischen Gewerkschaftsangehörigen schleunigst gemahregelt. Und durch Entrechtung der mehrheitssozialistischen Gewerkschaftsmitglieder diese zu Kollegen zweiter Klasse degradiert. Eine solche Gewaltpolitik muß auf die Dauer die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zerrümpeln und in Berlin besteht die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung zwar noch formell, tatsächlich aber stehen sich Unabhängige und Mehrheitssozialisten auch in der Gewerkschaft als Feinde gegenüber.

Zur bevorstehenden Betriebsratswahl hatte die Berliner Gewerkschaftskommission beschlossen, daß sie die Leitung der Wahlbewegung in die Hand nehmen würde. Der Gewerkschaftssekretär, unser Genosse Rörsten, hatte den Auftrag erhalten, das erste ausflärende Flugblatt herauszubringen, das in der Auflage von einer Million verteilt werden sollte. Aber noch ehe dieser Beschluß ausgeführt werden konnte, haben die unabhängigen Mitglieder der Gewerkschaftskommission sich mit ihrer örtlichen Parteileitung und irgend welchen Wilden sogenannten revolutionären Betriebsräten zusammengesetzt, um eine eigene Kandidatenliste herauszubringen, welche angeblich die Arbeitsgemeinschaften (Warum nicht auch die Tarifverbände?) unbedingt verwirrt und sich zu der Formel bekennen, daß alle politische und wirtschaftliche Macht für die Räte erobert werden muß. Damit war der Krieg erklärt: Mitglieder derselben Organisation, freie Gewerkschaftler werden sich im Kampfe um die Betriebsräte als Feinde gegenüber stehen. Nur die Angehörigen der unabhängigen Gewerkschaften, welche sich nicht aufrechten, aber auch bei ihnen bleibt sehr fraglich, wie lange sie diesen Grundsatze werden aufrecht erhalten können.

Diese Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung greift in ihrer Bedeutung weit über die Betriebsräteabwahlen hinaus. Immer erster muß damit gerechnet werden, daß radikalistischer Unverstand und Terror auch die wirtschaftliche Arbeiterbewegung spaltet, wie er die politische bereits zerklüftet hat. Ueber den Ernst und die Größe dieser Gefahr wird kein alter Gewerkschaftler sich im Zweifel sein. Umso größere Beachtung verdienen die Vorgänge, die schon jetzt ein dauerndes Zusammenwirken mehrheitssozialistischer und unabhängiger Arbeiter in den freien Gewerkschaften als unmöglich erscheinen lassen.

25. Februar, in Wettertafel, Nr. 234 bis 238 die Rundschau, für das Pfund 516, Karlsruher, No. 133, Freitag, el!, P, I, E, L, ken, onslim, elzeit, chandtat, erhaltet, ab Ein, art den, Jockey, das Ver-, olkubue, Wolken-, um aus, 1923, enell, on 3985, kunst, na und, r, neuesten, Geld, man von, Tänzern, an dram-, Wirkung, anten und, shof" ver-, tklassiges, in hervor-, es Meister-, eine Hand-, arstellung, mt., 1922, r-Tietz, im, Weib, en Akten, t. - Um, kostbaren, t. - Eine, Erlöst.

ert, en, in, id, die, in, er, st, on, te, er, in

Politische Uebersicht.

Vorläufige Amtsenthebung Erzbergers.

Das Wolffsche Telegraphen-Bureau verbreitete gestern die Meldung (infolge Nachlässigkeit des Stuttgarter Bureaus wurde und dieselbe nicht übermittelte), daß Erzberger nach Bekanntgabe der gestohlenen Steuer-Akten des Reichsfinanzministers unverzüglich beim Finanzamt in Charlottenburg eine Untersuchung gegen sich veranlaßt und damit seinerseits auf jede materielle Erwiderung in der Presse verzichtet, die der Untersuchung vorgehen könnte. Gleichzeitig hat er den Herrn Reichspräsidenten gebeten, ihn bis zum Abschluß dieser Untersuchung von der Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte zu entbinden, damit auch nicht der Schein eines Druckes auf die Untersuchung des Finanzamtes fallen möge.

Der Reichspräsident hat dem Ersuchen des Reichsfinanzministers nunmehr entsprochen und angeordnet, daß die Untersuchung mit sämtlicher Verschleierung durchzuführen und ihm sofort Bericht über das Ergebnis zu erstatten sei. Mit der Stellvertretung des Ministers ist der Unterstaatssekretär Müller beauftragt worden.

Wie man heute schon sagen darf, nimmt auch innerhalb der Regierung die Ueberzeugung zu, daß Erzberger nicht mehr sehr lange auf seinem verantwortungsvollen Posten zu halten sein wird. Zwar bemühen sich einflussreiche Kreise in letzter Stunde, ihn zu entlasten und zwar sind vielen Leuten die Kampfmethoden Hefferichs ebenso unympathisch wie seine ganze Persönlichkeit. Ausschlaggebend wird aber sein, daß schon die bisherigen Ergebnisse des Prozesses selbst eine Empörung in weiten Volkskreisen hervorgerufen haben, die es unmöglich erscheinen läßt, die Regierung noch weiter mit der Persönlichkeit Erzbergers zu identifizieren.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird ausdrücklich betont, daß es sich bei dem Dispenz des Reichsfinanzministers Erzberger nur um etwas Vorübergehendes handelt. In verschiedenen rechtsgerichteten Blättern, wie der „Kreuzzeitung“, wird in dem Schritt der Suspendierung das erste Anzeichen des Sturzes Erzbergers zu erkennen geglaubt.

Berlin, 25. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: „Berl. Volk-Anzeiger“ und „Deutsche Zeitung“ behaupten in eigenartiger Uebereinstimmung, daß die Veröfentlichung in der unter schwerem Vertrauensbruch aus den Dienstakten entnommene Steuerdelikation des Reichsfinanzministers Erzberger photographisch wiedergegeben war, auf direkte Anordnung des Staatskommissars für öffentliche Sicherheit beschlagnahmt worden sei. Es wird hiermit festgestellt, daß der Staatskommissar lediglich eine ihm vom Reichsfinanzministerium zugegangene Mitteilung an die in dieser Angelegenheit allein zuständige Staatsanwaltschaft weitergeleitet hat. Auf diesen Akt hat sich die Mitwirkung des Staatskommissars beschränkt. Alle weiteren Schritte sind von der Staatsanwaltschaft ausgegangen.

Die Partei der Ungeistigen.

Ein Mann mit Denkbemühen nach dem anderen verläßt die U.S.P. Diese scheint es geradezu darauf anzulegen, daß sie keinen Menschen mehr in ihren Reihen behält, vor dessen Bildung und geistiger Kraft auch der Gegner den Hut nicht, sondern nur noch Maulaufreißer, Stundatmacher und Schlagwortkompeten. Nach den Reizrepten, Bernheim, Dr. Herz, Dr. Silberstein usw. ist es jetzt der Berliner unabhängige Stadtverordnete Dr. Jonas Jaded, der der U.S.P. den Rücken kehrt. Jaded gehört zu den wenigen ganz Alten in der Partei, die ihre Ueberzeugungstreue schon unter dem Sozialistengesetz bewahrt haben. Er genießt unter Politikern und Arbeitern gleich großes Vertrauen, und sein Ansehen hat stark für die U.S.P. in Arbeiterkreisen und im Völkertum geworden. Jetzt hat ihn ein Mißtrauensvotum, das von den Parteimitgliedern der U.S.P. einstimmig vorbereitet war, zur Niederlegung seines Mandats veranlaßt. Jaded hatte allerdings auch einige absonderliche Parteiverbrechen begangen. Er hatte z. B. mißbilligt, daß der Berliner unabhängige Stadtverordnete Dr. Wehl die Geschäfte ebenso unmanierlich wie parteilich führt, und er hatte als Arzt mit Gewissen nicht verantworten zu können geglaubt, daß die Krankenlager nach Umlauf des Achtstundentages den Kranken liegen läßt und davon geht.

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

Der Lebensabend.

„Ich kann mit net verhungern lass'n, und solang wie mir's Essen und 's Trinken schmeckt, schad's a nit,“ war seine eigenständige Redensart.

„Che man so einem dießschädigen Bauer etwas andered, redet man leichter einem Schien etwas ein,“ murkte der alte erfahrene Arzt.

Item: der Straffer wurde immer dider, seit er nimmer ausgehen konnte. Er kam gerade noch vom Bett zum Kanapee, von da zum Gang und wieder zurück. Abends mit Unterstützung seiner Alten ins Bett. Bis auch das nimmer ging. Da blieb er im Bett liegen und wurde von den vielen Taubchen und Säubern, die sein Sohn vom Hofe für den alten, kranken Vater schickte, so rund wie eine Angel. Es war ihm wohl, die Pfeife schmeckte, Essen und Bier auch. Und wie die Gicht etwas nachließ, da waren die Weine dem loslossalen Körper nimmer gewachsen. Er war einfach zu schwer für dieselben geworden.

Das ging so fort. An Jubelbruch fehlte es ihm auch nicht. War der Reichsvater von St. Rotburga nicht dagewesen, dann kam sicher der Dominikanerpatre Marired oder der stapsigener Ambrosius und hielt vor dem Hausfaktor eine kleine erbauliche Andacht ab. Das alte Stapelherlein hielt sich jedoch fern. In einem Testament konnte ihn aber keiner der zwei bewegen. „Das habe noch Zeit, mache der Bauer erst einmal sein Testament, dann sei's für ihn nimmer weit zum Sterben. Dazu hätte er noch keine Luft. Und der kleine Sapperl vom Nachbarn solle ihm noch manche Maß Bier vom „Anker“ Wirt holen. Wenn er merke, daß es zu Ende ginge, dann sei's noch Zeit genug für den Notar.“

Der Reichsvater sagte nichts von einem Testament, im Gegenteil beharrte er ihn in der Ansicht, daß so was noch Zeit hätte. Er sprach überhaupt wenig vom Sterben und beschwerten hörte ihm der Alte am liebsten zu.

Es kam aber doch anders mit dem Seniemann. Der Nachbar mit krächzernen Fingern ließ und unentartet Ammal nachts, wie der Straffer schlief.

Deshalb wird er jetzt als Sündenbock auf dem Altar des reinen Prinzips geschachtet. Aber er leidet zugleich der U.S.P. den Rücken, indem er sich von ihrem bolschewistischen Diktaturprogramm losgibt und bekennt, daß er als das Leben will, wofür er vierzig Jahre gelebt und gestritten hat: als denkender und aufgeklärter Sozialdemokrat.

Nichtlinien für die Betriebsratswahlen.

Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund beschloß, laut „Vorwärts“, Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten. Die Meinung, diese Wahlen zu den Vorprobe politischer Parteien zu machen, wurde als höchst nachteilig bezeichnet. Für die Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sei der größtmögliche Wahlerfolg gesichert, wenn die Stimmabgabe nicht durch verschiedene Kandidaten aus den eigenen Reihen gesplittet werde. Eine Vertiefung sei nur möglich auf dem Boden der Rürnberger Kongreßbeschlüsse. Bei der Auswahl der Kandidaten dürfe nicht die politische Richtung maßgebend sein. Die Kandidaten dürfen nicht zu einer Erklärung darüber genötigt werden, wie sie sich zu einer politischen Tagesfrage stellen. — Der „Vorwärts“ zweifelt nicht daran, daß die sozialistische Partei als ganze bereit sein werde, auf den Boden dieser Richtlinien zu treten. Meinungsverschiedenheiten in Einzelnen dürften sich leicht beseitigen lassen.

Ein „Allerhöchster Befehl“.

Die Deutschnationale Volkspartei, Bezirk Wuppertal, hatte dem Kaiser zu seinem Geburtstag einen telegraphischen Gruß geschickt. Darauf ist folgende Antwort eingelaufen:

„Amrungen, 2. Februar.
S. M. der Kaiser und Königin haben über das treue Gedenken seines Geburtstages sich sehr gefreut und mich zu beauftragen geruht, den Ausdruck Allerhöchster Seiner aufrichtigen Dankes zu übermitteln. Die Zeichen der Anhänglichkeit, die aus der Heimat kommen, sind den Majestäten ein höchst erfreuliches Geschenk. Auf Allerhöchsten Befehl v. Domes, Generalmajor a. D.“

Stil und Inhalt des Telegramms zeigen, daß sich die beiden Privaleute in Amrungen immer noch in der Rolle der „allerhöchsten“ Deutschnationalen gefallt. Willt nennt sich noch immer „S. M. der Kaiser und Königin“ und „geruht“ immer noch „Allerhöchste Befehle“ zu erteilen. Ein Glück, daß diese Befehlsformeln jetzt nur noch von diesen Privaleuten, Stiefelputzern und — Deutschnationalen anerkannt wird.

Der Schleichhandel und die Zwangswirtschaft.

Prinzipielle Auseinandersetzungen im Haushaltsausschuß des Landtags.

In vierstündiger Sitzung des Haushaltsausschusses des badischen Landtags wurde Dienstag nachmittag die Tätigkeit des Landespreisesamtes und die Wirkung der staatlichen Bekämpfung des Schleichhandels einer gründlichen Besprechung unterzogen, weil im letzten Nachtrag dafür ein Aufwand von 1.574.300 M. eingezeichnet waren. Daß eine Erörterung über die Bekämpfung oder Aufhebung der Zwangswirtschaft dabei mit einfließen müßte, war bei dem engen Zusammenhang zwischen den beiden Faktoren selbstverständlich. Und um es gleich vorweg zu nehmen: die Feindschaft des verantwortlichen Ministers Kemmle und des Leiters des Preisamtes, Herrn Ober-Reg.-Rat Dr. Gschl, nebst anderen Aufklärungen und Darlegungen waren so betriebsförmig und überzeugend, daß diesmal die Position einstimmig genehmigt wurde, obwohl bei der ersten Besprechung dieses Kapitels die bürgerlichen Parteien starke Vorbehalte machten.

Das Landespreisesamt beschäftigt zurzeit in der Zentral- und in den Zweigstellen Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und Konstanz 67 Ausbilder und 193 Führer. Da wurde nun seitens einzelner Mitglieder des Haushaltsausschusses eine Verengung der Führer verlangt und beklagt, daß hier und da Mißgriffe bei der Bekämpfung des Schleichhandels zu verzeichnen wären. In Freiburg habe man einfach 60 Arbeiterlose eingestellt und sie auf das Publikum losgelassen, an einigen anderen Orten seien Führer nicht besonders tauglich dorgegangen und man bezweifle auch, ob die beschlagnahmten Waren seitens der Führer immer abgeliefert würden.

Daran knüpfte der Minister Kemmle an, bemerkte zunächst, daß ja der Person, welcher gehamflerte Waren abgenommen werden, ein Schein über die Beschlagnahme ausgestellt werden müsse, und entrollte dann ein großzügiges Bild über den Umfang der Bekämpfung des Schleichhandels, die Erfolge der Bekämpfung und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft wenigstens für Getreide, Kartoffeln, Fett und Fleisch. Wir müssen noch auf längere Zeit mit dieser Zwangswirtschaft rechnen, weil Deutschland nicht das hohene kann, was wir an Lebensmitteln brauchen, und weil die schlechte Valuta die Einfuhr verhindert. Getreide bezahlt — die Tonne Weizen zu 11.000 M. — dann kostet halb der Dreifund-Rais Brot 3-4 M. Die Erfahrungsgegenstände, die wir beim freien Handel mit anderen nationierten Waren, auch mit Schuhen, Stoffen, Kleidern usw. machen, zwingen uns dazu, die Landwirtschaft mit anderem Maße zu messen. Die deutsche Volkswirtschaft hat unter dem freien Handel furchtbar gelitten und man geht jetzt dazu über, eine größere Kontrolle auf ihn auszuüben, indem man u. a. unter Mitwirkung der berufenen Verwaltungen des soliden Handels, des Reiches und der Industrieverbände besondere Ausfuhrstellen errichtet. Dadurch soll der gügellose Einfuhr von Zigaretten, Parfüm, Champagner, anstatt notwendigen Lebensmitteln Einhalt getan werden.

Der Minister verbreitete sich dann noch über die Tätigkeit des Landespreisesamtes, das nach maßgebenden Verordnungen des Reiches der Bekämpfung des Wunders, der Preisung der Preise und der Erbsamittel dienen soll. Berechtigter Grund zu allgemeinen Klagen ist nicht gegeben; man macht die staatlichen Führer auch oft für etwaige Mißgriffe der Führungsbürokraten der Kommunalverbände — solche gibt es auch — verantwortlich. Wir haben stark abgebaut und wenn wir die beschlagnahmten Waren als Wertobjekt rechnen, macht sich die Tätigkeit des Landespreisesamtes durchaus bezahlt.

Der Leiter des Preisamtes teilte hierzu noch mit, daß seit 1. Oktober 1919 nicht weniger als 400 Eisenbahnwagen mit Waren durch Führer beschlagnahmt worden sind, erst jüngst in Karlsruhe ein Wagen mit Holz, in welchem für eine halbe Million Mark Schuhwaren verpackt waren. Das Landespreisesamt hat 1000 Erbsamittel genehmigt und 12-15.000 Gutachten für Staatsanwälte und Gerichte abgegeben.

Der Ausschluß war von dieser Tätigkeit befreit; die Meinungen gingen nur darüber auseinander, ob kleinere Mengen gehamflerte Waren von den Führern zu beanstanden seien. Es gebe nämlich fogen. kleinere Samler, welche täglich aufs Land gingen, ein Gewerbe daraus machten und dadurch oft viel Geld verdienten. Diese seien zweifellos als Schleichhändler zu betrachten.

Von sozialdemokratischer Seite wurde vor allem gefordert, den Schleichhandel auszugleichen. Gar viele Leute wollten nicht mehr schaffen; sie handelten einfach. Es sei schwer zu rügen, daß die gegenwärtigen Preissteigerungen lediglich den Schiebern die Taschen füllten. Warum erhalte man nicht die Kohle und macht sie zum Allgegenwart? Auf die Dauer ist es auch unerträglich, daß der Landwirt bauen darf, was er will. Man solle zu einer direkten Handelsverbindung zwischen Bauern und Städten kommen.

Beklagt wurde dann noch die jetzige Schiebererei mit Stern; es gebe an der dachschweizerischen Grenze gewissenlose Menschen, welche die gehamflerten Eier — natürlich zu hohen Preisen — in Frankenswägen — in die Schweiz zu bringen suchen. Dagegen werde mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen. Gefordert wurde von demokratischer Seite noch eine Erhöhung der Viehpreise; zu den jetzigen Preisen könne kein Vieh aufgezogen werden, deswegen auch die große Unzufriedenheit unter den Landwirten. — Auch verlangte man die Herausnahme der Bauern aus der allgemeinen Rationierung; die Regierung stimme dem aber nicht zu.

Die Position: Landespreisesamt wurde, wie eingangs bemerkt, einstimmig genehmigt, nachdem seitens des Zentrums noch dem Wunsch Ausdruck gegeben worden war, Minister Kemmle möchte seine allgemein interessierenden Ausführungen auch in öffentlicher Sitzung des Landtags machen.

Ein Schlaglein hatte ihn getroffen, meinte der Doktor, als er den Totenschein ausstellte. Die Nachbarn sagten, er sei im Bett erkrankt. Seine Frau war gefasst und erlebte alles Geschickliche. Der bettlägerige Mann hatte ihr viel zu schaffen gemacht, ließ sie nicht zum Bettwerden kommen. Sie blieb in der Arbeit fernig und gelund, ihre zweidreißig Jahre leicht tragend. Der Franziskaner und der Dominikaner machten ärgerliche Gefächter. Der Reichsvater aber lächelte fern, wie er vom Tode des Alten hörte. Der alten Strafferin war er sicher.

Die besann sich, daß ihr Mann nun doch auch einen Sarg brauche. Sie schickte den Sapperl, dem man ein feierliches, schwarzes Kravatt umgehunden hatte, zum Feichtjähreiner. Er solle kommen und einen Sarg anmessen. Wenn der auch ein verlässlicher Nidel war, so schone Särge wie er machte kein anderer.

Nachdem der Pub seinen Kopf in neun Wirtschaften hin- und hergeschleudert hatte und bei zweien auf die Fensterbank geklettert war, entdeckte er den Feicht glücklich beim Bummelbräu hinter dem Maßkrug. Daß der nicht das erstemal eingeklinkt war, konnte man aus der Bierlauge entnehmen, die rings um den Filzunterlag des Maßkrugs schwamm. „Und dann macht der Feicht halt auch schon kleine Augen,“ dachte sich das Bildl.

Es ging also von der Seite an den Schreiner und zapfte ihn am Vornel.

„Da Strafferprivatier is g'worb'n, es solts kemma und ean a Totenkraut anmessen,“ riefte der Sapperl aus. „Müßte es aber noch einmal wiederholen, ehe der Meister vom Hobel befrist.“

„So, so, der Straffer, schau, schau! Da, Häberl, trink!“ grüßte er und gab dem Waben den Maßkrug.

„Häberl, trink mir viel Breiter. Trink no fest, Güaberl, kimmt net drang z'kamm.“

Dann erhob er sich und schwankte mit dem Kleinen fort. Für den Sarg konnte man das Doppelte rechnen, kalkuliert er vergnügt.

Wie der Feicht das Sterbesimmer betrat, machte er sein Gesicht in erste Falten zu legen, was ihm aber nicht ganz gelang. Er brachte nur ein verschämtes, halb weinerliches Grinsen zurecht. Müßte auch das Maß zweimal nehmen, da er sich selbst, in Anbetracht des Häberlins, das er fürte, nicht ganz traute.

Dann drückte er der Strafferin, einen kleinen Anfall von Zungenschlag tapfer durch Schulden bewältigend, was sich betraute wie Mühnung anfang, sein Viehleid aus und stolperte die enge Holzstiege hinunter. Um noch Hause zu gehen und den Sarg zu machen? Nein, um im Hummerbräu weiter zu trinken! Er war ein Gefühlsmensch, der Feicht, und brachte seine Särge immer erst im letzten Augenblick, weiß um ein Totenschein halt gar so etwas Trauriges ist. Wie sich ein anderer durch eine Weile tiefer Gedanken für eine wichtige Arbeit vorbereitet, so tat der Feicht durch eine lange Kette tiefer Bäume aus dem Maßkrug. Ist eben jeder Mensch anders d'berlagt.

Am Freitag nachmittag einhalb drei Uhr set die Leiche vom ehrentwerten, verstorbenen Herrn Privatier Wamertus Straffer, früheren Wiesenbauern in Reiding,“ meldete das Volksblattchen. Und die alte Sauerbrunnen, die im Nebenamt Leichenbegängnisse anfaßt, ging von Haus zu Haus, mündlich noch einmal mit den gleichen Worten einladend. Doppelt genächt hält besser, dachte die Strafferin. Deshalb hatte sie der Veni zwei Maß extra verprochen, wenn sie's recht gründlich mache.

Am Freitag nachmittag wurde die letzte Angelfergstraße lebendig. Morgens schon waren eine Anzahl Bauernwägelchen im Städtchen eingetroffen. Lauter Verwandte und Bekannte vom seligen Straffer. In der Krone, im Kreuz, beim Trompetenwirt saßen sie mit ihrer Sippe, Eifrig sprachen sie den Brautwägen und dem Maßkrug zu. Ist es schon nicht gut, mit leerem Magen zur Arbeit zu gehen, zu einer Leiche muß man schon gleich gar nicht hungert kommen. Denn die Hungertagen übermannt die Mühnung immer leichter wie die Satten, ist die Meinung der Bauern. Und sie haben recht. Schon eine Stunde vorher standen einzelne Gruppen Kinder und alte Weiber auf der Gasse in der Nähe des Sterbehauses. Es gibt in diesem Städtchen immer eine Anzahl alter Männer und Weiber, die bei keinem Leichenbegängnis fehlen.

„Die Toten begraben,“ heißt eines der Werke der Darmbergzeit in der Bibel. So gingen sie, weil sie sonst nichts zu tun hatten, zu jeder Leiche, wie es in der Stadt Menschen gibt, die man in allen Konzernten treffen kann. Dazu kommt, daß vor und nach der Beerdigung so schön Gelegenheit zu einem kleinen Wädel ist.

(Schluß folgt.)

Badische Politik.

Die Sicherheitspolizei in Baden.

In einer Ergänzung des 7. Nachtrages zum Staatsvoranschlag werden 13 270 000 M. gefordert. Der Haushaltsausschuß des Landtags nahm am Dienstag abend zu dieser Forderung Stellung. Sie setzt sich zusammen aus den einmaligen Kosten der Aufstellung der Sicherheitspolizei für Bekleidung, Ausrüstung, Bewaffnung und Munition im Betrage von 8 960 000 M., sowie aus dem laufenden Aufwand, als da sind: Vergütungen der Beamten, Kosten der Verpflegung und Unterbringung, Unterhaltung des Inventars u. dergl. 4 310 000 M. Von diesen Kosten trägt das Reich 80 % mit 10 816 000 M. In der Begründung heißt es u. a.: Mit Rücksicht darauf, daß drei Monate nach der Ratifizierung des Friedens die Reichswehr aus der 50 km.-Zone enerviert sein muß, andererseits aber ein ausreichender Polizeischutz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit unbedingt erforderlich ist, wozu Staatspolizei und Gendarmerie nicht ausreicht, mußte mit Beschleunigung an die Aufstellung einer besonderen Polizeitruppe herangetreten werden. — Der Haushaltsausschuß erhebt, nachdem durch den Regierungsbektrreter noch einige Aufklärungen gegeben waren, keine prinzipiellen Einwände und stimmt der Position zu.

Die neue Landwirtschaftskammerverordn.

Der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung trat am 24. Februar zu einer Sitzung zusammen, die sich mit der neuen Landwirtschaftskammergesetzvorlage beschäftigte. Es wurde beantragt, der Landwirtschaftskammer den Handel mit Produkten, der sogar weit über landwirtschaftliche Erzeugnisse hinausgeht, nicht weiter zu gestatten. Die Landwirtschaftskammer hat damit während des Krieges große Gewinne erzielt. Die Meinung dürfte sich Geltung verschaffen, daß ihr hingegen der Vertrieb der in eigenen Mühlen- und Versuchsanstalten erzeugten Produkte an landw. Genossenschaften wohl gestattet sein sollte.

Einen breiten Raum nahm die Frage der Arbeitervertreter ein. Es fanden sich die Meinungen gegenüber, die Arbeitervertreter gewissermaßen als Nebenamtler gesondert zu wählen, oder sie als zu allen Sitzungen gleichberechtigte Kammermitglieder direkt zu wählen. Die Abstimmung hierüber wurde noch ausgesetzt. Eine umstrittene Frage ist ferner die Beteiligung des Gartenbaus an der Landwirtschaftskammer, da dieser zum Teil sich selbst der Handelskammer oder auch der Handelskammer angeschlossen hat.

Die Deutschnationalen und das akademische Berufswesen. Der deutschnationale Abg. Mayer-Rakowski hat im Landtag eine Anfrage eingebracht gegen die Bestrebungen, die Mitwirkung der Fakultäten bei der Befehung akademischer Lehrstühle auszuschalten.

Die „Frankfurter Zeitung“ macht zu dieser Anfrage folgende zutreffende Bemerkung: Der Herr Abg. Mayer ist zur Einbringung seiner Anfrage wohl durch die jüngsten Vorgänge an der Technischen Hochschule Karlsruhe veranlaßt worden, wo unter dem Einfluß der deutschnationalen Agitation der Ausschuß der Studentenschaft den schwersten Eingriff in das Berufsrecht der Fakultäten verübt hat, den die Geschichte der deutschen Hochschulen kennt. Oder sollten wir uns in dieser Annahme irren?

Beim Landesversicherungsamt sind verschiedene Ernennungen erfolgt, durch die auch der Einfluß der Versicherer gestärkt wird. Amtmann Jung bisher im Ministerium des Innern, sowie Landtagsabgeordneter Genosse Raufsch, bis zu seinem neulichen Eintritt in das Landesversicherungsamt an der Ortskrankenkasse Heidelberg, wurden zu Regierungsräten ernannt.

Ueber die Vereinfachung der Landesregierung haben mehrere Mitglieder der Zentrumsfraktion des Landtags einen Antrag eingebracht, in welchem der Landtag aufgefordert wird, zu beschließen, daß die Regierung mit der Vorlage des Staatshaushalts für 1920/21 dem Landtag Vorschläge über die Vereinfachung der Regierung (des Staatsministeriums) unterbreite. Ferner haben mehrere Abgeordnete des Zentrums eine förmliche Anfrage über die Verpflegung der Gefangenen in den Amtsgefängnissen eingebracht. In dem Antrag wird darauf hingewiesen, daß in den Amtsgefängnissen für die Gefangenenverpflegung ein nur unzureichendes Verpflegungsgeld bezahlt wird und daß die Gefangenenwarte zur nötigen Gefangenenernährung noch Geld aus eigenen Mitteln aufzubringen müssen. Die Regierung soll diese Mängel beheben und ebenso diejenigen, die daraus entstehen, daß die Gefangenenwarte keinen geregelten Dienst haben und gezwungen sind, ihre Familienmitglieder ohne eigentliche Vergütung im Gefängnisdienst zu beschäftigen.

Genaue Vorberhebungen bei Strafbefehlverfahren. Das bad. Justizministerium hat in einem Erlass angeordnet, daß bei der Befehung von Strafen im Strafbefehlverfahren sorgfältiger verfahren werden muß, da in zahlreichen Fällen, namentlich bei Verurteilungen gegen die zwangswirtschaftlichen Bestimmungen die Berechnungen über die Tat und über die Verhältnisse der Täter nicht derart erfolgt sind, daß sie als genügende Grundlage für eine Verurteilung dienen könnten. Das Justizministerium macht darauf aufmerksam, daß ein Strafbefehl nur beantragt und erlassen werden darf, nachdem durch das Ergebnis genügender Vorberhebungen neben den Verdachtsgründen für die Begehung der Straftat in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung auch die Strafzumessungsgründe sorgfältig aufgeklärt sind. Wenn der Beschuldigte nach Zustellung des Strafbefehls seine Schuld ganz bestritten oder wesentliche Milderungsgründe vorbringen will, so ist er auf den Weg des Einspruchsverfahrens (nicht des Requisitionsverfahrens) zu verweisen, in dem seine Einwendungen durch Anstellung von weiteren Ermittlungen vor der Hauptverhandlung aufzuklären sind.

Die Feste geht weiter. Eine von mehreren hundert Orts- und Bezirksvereinsvorsitzenden des Badischen Bauernverbandes im Landeskommissariatsbezirk Mannheim besuchte Versammlung, die am Samstag in Mosbach stattfand, hat eine Entschließung angenommen, durch die die sofortige Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung einer Reihe von landwirtschaftlichen Produkten verlangt wird. Weiter nahm die Versammlung mit Entzückung Kenntnis von den Ausführungen des Finanzministers Dr. Birch gegen die Bauernbewegung und den Abgeordneten Hertle. Die Versammlung erklärte, daß sie geschlossen hinter den Führer und Abgeordneten des Badischen Bauernverbandes steht, und jeder Gewalttat mit Gewalt begegnen wird. Schließlich wandte sich die Versammlung an die Lokalblätter mit der Aufforderung, sich an die Beschlüsse der Karlsruhe-Zabatzpflanzerverammlung zu halten und sich der Zwangsbewirtschaftung des Tabaks mit allen erlaubten Mitteln zu widersetzen. Alle Pflanzler seien bei einer Vertragsstrafe von 1000 M. pro Zentner zugunsten der Kasse des Badischen Bauernverbandes zu verpflichten, solchen Vertragsstrafen, die gegen Pflanzler wegen Herausgabe der 1919er Zabatzerteine erhoben worden, in den nächsten zehn Jahren keinen Tabak mehr zu liefern. Die Landwirte sollten sich mit den Zabatzbauern solidarisch erklären. Am Tage zuvor nahm eine Bezirksversammlung in Eisingheim a. E. eine ähnliche Entschließung an. Die Entschlie-

hungen wurden an die Regierungs- und Verwaltungsstellen gesandt. — In Norddeutschland hat die Regierung jene Elemente, die in den Kohlengebieten und unter den Eisenbahnern jene wilde Hete trieben, deren Ergebnis schließlich der Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens gewesen wäre, kurzerhand hinter Schloß und Riegel gesetzt. Wir empfehlen der badischen Regierung, das preussische Beispiel einmal nach der andern Seite anzunehmen und ein paar jener gewissenloser Burschen, die unter der badischen Bauernschaft ihr Unwesen treiben, festzunehmen, denn die Gefahr, die mit diesem Treiben droht, ist mindestens so groß als jene andere im Kohlenbergbau und Eisenbahnbetrieb.

Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes.

k. r. In der Woche vom 18. bis 20. Februar tagte in Berlin der Verbandstag des Deutschen Landarbeiterverbandes. Wegen der gewaltigen Bedeutung dieses Verbandes für die Allgemeinheit und das deutsche Ernährungsleben war seine Tagung hervorragend von Vertretern oberer Behörden und der klassenbewußten Arbeiterchaft besetzt. So von Legien, als Vertreter des Bundes aller freien Gewerkschaften Deutschlands; die holländischen, dänischen und schwedischen Organisationen hatten Vertreter entsandt, von der österreichischen Bruderorganisation lief ein Begrüßungstelegramm ein; ein Schreiben aus England spricht dafür, daß sich dort eine Anbahnung von Beziehungen zu den deutschen Arbeitern wieder regt; in Frankreich und Polen sind die gleichen Anzeichen vorhanden; das Reichsarbeitsministerium war vertreten, der preussische Landwirtschaftsminister Frau war zur Eröffnung erschienen, und mit ungeheurer Spannung und großem Beifall wurde seine Begrüßungsrede aufgenommen. Die Rechte habe ihm als abfällige Bezeichnung das Wort, er sei ein Minister für die Landarbeiter entgegengekommen. Er nehme diese Bezeichnung als Ehrenbezeichnung. Die Landarbeiter haben mit dem uneingeschränkten Koalitionsrecht auch Pflichten und schwere Verantwortung, nie schwerer als zurzeit. Die wichtigsten Kräftequellen für den Wiederaufbau, der Bergbau und die Landwirtschaft, sie dürfen keinen Tag und keine Stunde stillgelegt werden. Das Interesse der Allgemeinheit gibt der Regierung auf, die gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, den berechtigten Forderungen der Landarbeiter und Arbeiterinnen so Geltung zu verschaffen, daß Streiks vermieden werden können.

Eine in diesem Sinne gehaltene Entschließung wurde sofort einstimmig angenommen, sie enthält zugleich einen scharfen Protest gegen die in letzter Zeit vor allem in Kormern über Tausende von Landarbeitern und Verbandsmittgliedern verhängten Arbeitskündigungen, die nichts als ungesetzliche Maßregelungen sind.

Im Geschäftsbericht berichtete Hauptvorstand Georg Schmidt, daß der Verband jetzt 625 000 Mitglieder zähle, 441 531 männliche, 183 404 weibliche. Die Wahrung unter der Landarbeiterschaft sei so groß, daß die Mitgliederzahl leicht auf über eine Million hätte gebracht werden können, wenn der Leitung nur Zeit zu agitatorischer Arbeit verblieben wäre. Man spreche vielfach von den hohen Eöhnen der Landarbeiter. Nach Feststellungen der Unternehmer haben die Jahreslöhne vor dem Krieg 700 bis 900 Mark betragen und seien jetzt auf 2500 bis 2700 gestiegen. Von ungeheurer Steigerung könne keine Rede sein. Der Verband sei bis zum äußersten bereit, an der Sicherung der Volksernährung mitzuarbeiten.

Eine der naheliegendsten Wirtschaftsforderungen ist die konsequente Fortsetzung der Tarifpolitik. Sie wird erreicht in der Arbeitsgemeinschaft. Gehtig hat der Verband die Aufgabe, seine Mitglieder so zu schulen, daß sie, wenn die Sozialisierung der Landwirtschaft kommt, die wir erziehen, befähigt sind, ihre Aufgaben in der sozialisierten Wirtschaft zu erfüllen. Der Nationalrat und der Reichstag sind die Redaktionsorgane, die ohne besondere Weiterungen entgegenzunehmen. In der grundsätzlichen Haltung des Vortrages wurden dem Redakteur Haag keine nennenswerten Vorhaltungen gemacht. Ein Antrag der Ortsgruppe Söbilingen, seine Angriffe auf die kommunistische Partei zu machen, wurde gegen vier Stimmen abgelehnt. Mit der Tarif und der Tätigkeit des Vorstandes war die Versammlung einverstanden. Uebereinstimmend wurde betont, daß den Freiheiten der Unternehmer mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden müsse. Aber auch die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Organisationszersplitterung der Kommunisten wurde mehrfach betont. Ein Delegierter vom Vinsberg führte aus, im besetzten Gebiet werden die Rechte der Arbeiter nicht nur durch Unternehmer, sondern auch die „gerandete Nation“ auf das schwerste geschädigt. Versammlungen werden verboten, die Tätigkeit der Gewerkschaften in jeder Weise behindert.

Ein sehr instruktives Referat von Löhrle, Berlin würdigte die große Bedeutung der Tarifverträge und der Arbeitsverträge im allgemeinen, ein Referat von Berner, Berlin die Verhältnisse der Postarbeiter, einer Gruppe, die im Verband bereits 70 000 beträgt. Zur Frage der Arbeitszeit für die Eheleute unter Zustimmung aus der Landarbeiterschaft werden nicht den nächsten Tag. Wir müssen die Arbeitszeit so regeln, wie sie die Landwirtschaft braucht. Wenn es zur Volksernährung notwendig ist, bei der Feldbestellung und Vergütung der Fräuleiterarbeiten zu machen, sind wir bereit, sie zu leisten, gegen entprechende Vergütung.

Ein Antrag der Ortsgruppe Lambach-Dietzberg, der die Anerkennung des Massenstreiks durch den Verband bei allen Angelegenheiten, die das Proletariat in seinem Befreiungskampfe braucht, forderte, wurde mit 59 gegen 55 Stimmen abgelehnt.

Ueber die Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft referierte Verbandsdirektor Haag, Berlin. Er bewachte die Entwicklung der Verhältnisse der Landarbeiter nach der Revolution, be sprach das Betriebsrätegesetz und trat ein für die Ausnutzung der durch das Gesetz den Arbeitern gewährten Rechte.

Einstimmige Annahme fand eine Resolution, die scharfen Protest dagegen erhebt, daß die Entente-Kommission im Abstimmungsgebiet Oberbayerischen Gewerkschaftsbauer beschlaghaft hat. Die Resolution verlangt, Freigabe der Gewerkschaftsbauer und Beilegung der Landarbeiter an der Abstimmung.

Schmidt legte in einem großzügigen Referat die Stellung zur landwirtschaftlichen Produktion und Ansiedlung dar. Eine Sozialisierung der Landwirtschaft sei zwar unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch nicht möglich, aber die Unternehmer dürfen nicht mehr willkürlich die Produktion bestimmen, sie müsse unter die Kontrolle der Allgemeinheit. Zurücklegung des Bodens in Bauernwirtschaften sei nicht zu befehlen, sowohl aus wirtschaftlichen Gründen als auch, weil sich die Sozialisierung der großen Güter leichter durchzuführen lasse. — Aus eine Diskussion über den Vortrag wurde verzichtet.

Die Reichsregierung wird ermahnt, die Verordnung aufzuheben, wonach die in der Landwirtschaft beschäftigt gewesenen Arbeiter ihr wieder zugewiesen werden, ferner sobald wie möglich den Belagerungszustand zu beenden. — Die Landarbeiter werden angehalten, darauf zu achten, daß die sabotierenden Agrarier ihre Pflicht, Lebensmittel abzuliefern, erfüllen.

In der Verbandsvorstand wurden einstimmig gewählt: 1. Vorsitzender Georg Schmidt, 2. Vorsitzender Haag, 1. Kassierer Waldt, 2. Kassierer Hartung, Redakteur Awasnit, Sekretäre Bernier, Löhrle, Schmaus und Schäler.

Der Vorsitzende schloß die bedeutende Generalversammlung mit der Versicherung, daß der Verband auch in Zukunft die Interessen der Landarbeiter mit Nachdruck vertreten wird. Ihre Forderungen sind dem Allgemeinwohl dienlich, im Gegensatz zu den Forderungen des Bundes der Landwirte, der in derselben Woche im Birkus Birkstag.

Kleine Nachrichten.

Berlin. Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Köln berichtet wird, ist der Better des bekannten rheinischen Sonderbündlers Dr. Dörten, der 22 Jahre alte Heinrich Dörten aus Bonn von der dortigen Polizei wegen Diebstahls verhaftet worden. Bei der Festnahme gab er vier Schüsse auf den ihn verhaftenden Beamten ab, ohne diesen zu treffen. Dagegen verletzte er einen Fuhrmann durch einen Schuß in den Unterleib. Die Polizei konnte ihn nur mit Mühe der Volksjustiz entziehen.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Mejeritz überschritt gestern polnisches Militär die Reichsgrenze und besetzte das Dorf Stokki, das durch den Friedensvertrag Deutschland zugesprochen ist. Die Gegenmaßnahmen wurden sofort eingeleitet.

Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ hat sich die „Kittengesellschaft Weser“ infolge Kohlenmangels erneut gezwungen gesehen, den Betrieb zu schließen. Kohlenarbeiten werden noch ausgeführt. Die Büroangestellten werden voll weiter beschäftigt.

Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ gemeldet wird, hat das sächsische Wirtschaftsministerium die Forderung der Leipziger Handelskammer auf Befreiung der Buchgerichte abgelehnt.

Berlin. Die Garnison von Flensburg erhielt gestern, wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ gemeldet wird, Verstärkungen. Aus der ersten Zone traf eine Kompanie französischer Alpenjäger in der Stärke von 320 Mann ein.

Die gesamten Berliner Zigarettenfabriken haben jetzt ebenfalls ihrem Personal zum 31. März die Kündigung ausgesprochen. In Berlin werden dadurch laut „Berl. Lokalanz.“ 10 000 Arbeiter und Angestellte erwerbslos, in anderen deutschen Fabriken 50 000.

Gestern abend war in dem Kontor des Berliner Spediteurenvereins der Kassier Jäger gerade mit der Abrechnung fertig, als er von vier maskierten und bewaffneten Personen überfallen wurde. Sie schossen zunächst einen Wuchtposten nieder, dann wurden der anwesende Wächter und der Kassier unter Feuer genommen. Der erste erhielt durch drei Schüsse eine schwere Verwundung. Der Kassier blieb unverletzt. Die Verbrecher forderten ihn auf, die Kasse herauszugeben. Als er damit zögerte, schossen sie nochmals auf ihn, ohne ihn zu treffen. Sie raubten aus der Kasse 32 000 M. und verschwanden mit der Beute.

Essen, 25. Febr. Der Streik der Buchdrucker, Setzer und Hilfsarbeiter ist beendet. Die Streikenden haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihre Forderungen bewilligt worden sind.

Brüssel. Ein großer Skandal ist im Ernährungsministerium entdeckt worden. Dessen Direktor Gaspar ist nämlich mit zwei Fabrikanten des Vororts Naeren verhaftet worden, weil sie Nahrungsmittelverfälschungen in großem Stil betrieben haben. — Nach der „Libre Belgique“ besteht die Absicht, in Namur eine belgische Schule zu errichten.

London, 25. Febr. Bei der Wahl in Paisley erhielt As. Smith (Liberal) 14 694 Stimmen, Bigger (Arbeiterpartei) 11 840 Stimmen, und Mac Lean (Koalitionsunionist) 3 778 Stimmen.

Soziale Rundschau.

Eine Arbeitgeber-Organisation für die badische Landwirtschaft. Die badischen landwirtschaftlichen Kreise wollen einen Arbeitgeberverband für Baden gründen. Vor einigen Wochen wurden in Freiburg die Sitzungen beraten, jetzt soll eine weitere Tagung in Karlsruhe in der Angelegenheit stattfinden. Auf ihr werden sämtliche landwirtschaftlichen Organisationen vertreten sein.

Gemeindepolitik.

Kommunale Heiratsvermittlung.

Eine Wohlfahrts-Einrichtung, die den Kriegerverwitwen solots den Kriegsbeschädigten gelten soll, existiert in Magdeburg, wie sie sonst in keiner deutschen Stadt vorhanden ist, eine kommunale Heiratsvermittlung. Sie bedient die Aufmerksamkeit auch in anderen Städten. In der öffentlichen Gesundheitspflege weist jetzt der Professor für soziale Hygiene in Tübingen, Dr. W. Kuhn, auf diese Einrichtung hin.

Aus der vermittelnden Tätigkeit in zwei besonderen Fällen heraus hat sich diese Einrichtung entwickelt, und da die beiden Fälle ausgezeichnet ihre Erlebigung fanden, machte man mit weiteren Fällen Versuche. Die Vermittlung vollzieht sich nun folgendermaßen:

Die Fürsorgestellen für Kriegshinterbliebene teilen der Beratungsstelle in Magdeburg die Kriegerverwitwen mit, deren wirtschaftliche Lage eine Wiederverheiratung erwünscht macht. Von dort werden den Bewerberinnen ausführliche Fragebogen zur Ausfüllung übergeben. Auch wird genaue Auskunft über die persönlichen Verhältnisse, Charaktereigenschaften usw. eingeholt. Ebenso senden die Fürsorgestellen auch Nachrichten über heiratslustige Männer. Und auch diese erhalten Fragebogen zugesandt. Von der Beratungsstelle werden nun allgemeine Mitteilungen über die einzelnen Fälle, natürlich ohne Namensnennung veröffentlicht und zwar in besonderen Listen, die allen Interessenten jeden Monat zugefandt werden. Die Beratungsstelle vermittelt den Briefwechsel. Nach zwei Monaten erkundigt sie sich nach dem Ergebnis. 1918 haben sich 182 Männer und 112 Frauen gemeldet. Ende 1918 fanden 344 Personen in Briefwechsel. Anfang 1919 hatten 16 Paare mitgeteilt, daß sie die Ehe eingehen wollten.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Ehe sowohl für viele Kriegerverwitwen wie auch für viele Kriegsbeschädigte von Nutzen ist, allein rein praktisch. Andererseits bestehen aber gerade unter diesen beiden Gruppen besondere Schwierigkeiten der Annäherung, die in den besonderen Verhältnissen begründet sind. Und darum ist der soziale Charakter dieser originellen Einrichtung nicht zu verkennen. Große Anstrengungen erwachen den Kommunen durch eine derartige Fürsorge nicht. In Magdeburg ist mit dieser Arbeit eine weibliche Hilfskraft beschäftigt, die der Magistrat bezahlt. Druckkosten, Postspesen und dergl. trägt die Nationalstiftung.

In Ungarn ist man auf ähnlichem Wege ebenfalls bereits vorgegangen. Für Oesterreich wurde die Durchführung dieses Gedankens allgemein angeregt, zur Benutzung für alle Rädchen.

Von den Forchheimer Unabhängigen. Die Frau Stadtverordnete Jäger ist aus der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten ausgetreten. Sie wird auch weiterhin Mitglied des Bürgerausschusses sein. Die Unabhängigen Sozialdemokraten haben jetzt noch zwei Stadträte und sieben Stadtverordnete.

Abelsheim, 23. Febr. Die von der Mehrheit des Bürgerausschusses gegen Bürgermeister Treß eingereichte Beschlusse wurde vom Bezirksrat gebilligt und darauf Bürgermeister Treß seines Dienstes mit sofortiger Wirkung entbunden.

Aus der Partei.

Erklärung.

In seiner gestrigen Nummer veröffentlicht der „Volksfreund“ eine längere Polemik gegen meine Person. Ueber die verschiedenen Einzelheiten will ich mich an dieser Stelle nicht äußern. Eine Partei-Vertrauensmänner-Versammlung dürfte der geeignete Ort sein, wo die parteipolitische Seite dieser Angelegenheit zur Sprache gebracht werden kann und hierbei werde ich meinen Standpunkt klar legen. Auch die Presse-Kommission wird sich mit dieser Sache zu beschäftigen haben.

Für heute habe ich folgendes zu erklären: Als Sekretär des Ortsvereins der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände, dessen angeschlossene Organisationen alle auf einem politisch neutralen Boden stehen, habe ich die Aufgabe, den Wünschen aller Kolleginnen und Kollegen Rechnung zu tragen und alle freigeistlich organisierten Angestellten über die Einzelheiten und die Handhabung des Betriebsvereins aufzuklären. Dem „Volksfreund-Polemiker“ dürfte es doch nicht unbekannt sein, daß nicht alle freigeistlich organisierten Leser des „Volksfreund“ sind, sondern daß solche auch die „Sozialistische Republik“ und — leider — auch die „bürgerliche Presse“ lesen.

Krang Kiefer, Sekretär des Ortsvereins der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände.

Aus dem Lande.

Wagsfeld, 24. Febr. Dank der Heimat. In dem Artikel „Dank der Heimat“ aus Wagsfeld in Nr. 46 des „Volksfreund“ bittet ein Bürgermeister Weber um Aufnahme folgender Mitteilung: „Wie aus genanntem Artikel zu entnehmen ist, soll ich dem heimgekehrten Kriegsgefangenen nahe gelegt haben, seinen Heimatort zu verlassen; es ist dies eine grobe Unwahrheit. Vielmehr ist richtig, daß der Kriegsgefangene mit erklärte, er wolle auch in Wagsfeld bei seiner Schwester unterkommen finden, worauf ich ihm sagte, daß wenn er in Karlsruhe Arbeit erhält, Wagsfeld für ihn besser wäre, umso mehr als er bei den gegenwärtigen Nachschichten bessere Arbeitsbedingungen mit der elektrischen Straßenbahn hätte. Als nachher der Hauseigentümer zu mir kam, sagte ich ihm das gleiche. Eine weitere Aussage betreffs Wohnungsverhältnisse habe ich mit dem Kriegsgefangenen nicht gehabt. Die Ansicht des Hauseigentümers wegen Mithabens der Wohnung habe ich pflichtgemäß der Wohnungsinhaberin mitgeteilt und habe auch dieselbe aufmerksam gemacht, daß Kriegsgefangene möge sich in dieser Sache mit dem Hauseigentümer selbst ins Benehmen setzen, weil meine Ansicht vor, daß dann die Angelegenheit endgültig geregelt wird. Hätte der Kriegsgefangene noch die Hilfe des Bürgermeisters benötigt, so wäre ich ihm jederzeit beigestanden; aber nach dem Artikel hat er einfach seinen Heimatort verlassen, ohne Wissen des Bürgermeisters, denn es liegt bis heute noch keine Abmeldung vor.“

(Wir haben von vornherein angenommen, daß der Bürgermeister korrekt verfahren ist; ein Vorwurf irgendwelcher Art sollte ihm auch in dem Artikel vom letzten Dienstag nicht gemacht werden. Der Artikel richtete sich lediglich gegen das Verhalten des Hauseigentümers. Wir bringen aber dennoch obige Erklärung von Bürgermeister Weber, um jedes Mißverständnis zu beseitigen. Die Red.)

Neustadt i. Schw., 24. Febr. In verschiedenen Schwarzwaldböden sind in der letzten Zeit angelegte Bantbeamtinnen erschienen, die den Bauern Gold- und Silbermünzen ablaufen. Sie geben ein Schriftstück, wonach das Geld bei einer Preiskasse Bank ausbezahlt werde. Natürlich handelt es sich um Schwindler, wie mancher der Geschädigten, die sich vergeblich an die betr. Bank gewandt hatten, erfahren mußten.

Wiltgen, 25. Febr. Wie man erfährt, wird im Sommer ds. Jrs. falls sich die Ernährungslage nicht bessert, die badische Regierung dazu übergehen, Kurgäste nur dann ins Land zu lassen, wenn sie krank und erholungsbedürftig sind.

St. Georgen i. Schw., 25. Febr. Beim Spielen in der Fabrik der Firma Weber, Heilmann machte sich der 16jährige Duffner auf dem Tische einer Gabelmaschine zu schaffen. Sein Fuß geriet in die Maschine und wurde ihm abgedrückt.

Manuelm, 26. Febr. Die Untersuchung hat ergeben, daß der fleißige Wirt Andreas Fischer, der zum Hampten ins Ausland gefahren war und bei Dittelsheim als Leiche aus dem Raubwehr gefunden wurde, einem Raubmord zum Opfer gefallen ist. Sämtliche Wertgegenstände und Vermittel fehlten. Nur durch die Fahrtkarte konnte die Persönlichkeit des Toten festgestellt werden.

Verbeugungsgenossenschaft der Gard. In einer in der Bahnhofstraße in Karlsruhe letzten Donnerstag abgehaltenen zahlreich besuchten Versammlung von Vertrauensmännern und Verbeugungsgenossen aus den Amtsbezirken Karlsruhe und Rastatt, fand durch einstimmigen Beschluß eine Verschmelzung der bisherigen Verbeugungsgenossenschaft des Bezirks Karlsruhe mit der des Bezirks Rastatt, unter der Gesamtbezeichnung „Verbeugungsgenossenschaft der Gard“ statt. An die Mitglieder der bisherigen Verbeugungsgenossenschaft Gillingen wird eine Aufforderung zum Anschluß ergehen. Durch Zuruf wurden folgende Vorstandsmitglieder gewählt: 1. Vorsitzender Geh. Reg.-Rat Dr. Guth-Vander, Rastatt, 2. Vorsitzender Bürgermeister Hauer, Amlingen, Technischer Berater und Vorstandsmittglied, Rastatt, 3. Vorsitzender Dr. Kasper, Rastatt, 4. Vorsitzender Dr. Kasper, Rastatt, 5. Vorsitzender Dr. Kasper, Rastatt. Schriftführer und Kassier, Oberverwaltungssekretär Rastatt. — Auch anlässlich dieser Versammlung trat in erfreulicher Weise das rege Interesse der Landwirte dieser Bezirke an der Verbeugung, die gerade in der Gard eine alte und rühmliche Geschichte hat, zu Tage, was sich insbesondere in einer sehr erheblichen Erhöhung der Mitgliederzahl beider Verbeugungsgenossenschaften kund tat.

Jugend und Sport.

Saalsport im Arbeiter-Radsport-Club „Solidarität“. Die Mannschaften für den Saalsport im Radsport-Club „Solidarität“, Ortsgruppe Karlsruhe haben ihre volle Tätigkeit wieder aufgenommen und finden die Übungen unter Leitung des 1. Fahrmarschallens Zimmer, Marienstr. 92, wieder pünktlich statt. Übungen abends sind wie folgt festgesetzt: Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr: Jungmannschaft und Radpolospieler; 10-11 Uhr 1. u. 2. Mannschaft in der Turnhalle der Reibelschule. Interessenten wollen sich an obige Adresse wenden. Gäste willkommen.

Berichtszeitung.

Tabaksmuggler. Das Wadgericht in Waldbühel hatte sich in seiner ersten Sitzung mit einem umfangreichen Tabaksmuggler- und Kettenhandels zu befassen. Gegen die in den Prozess vermittelten Personen wurde folgendes Urteil erlassen: Der Techniker Otto Grimm von Loitstetten erhielt wegen unerlaubter Einfuhr von 70000 K. Gelbfaser, Landwirt Emil Keller von Loitstetten von 42000 K. Gelbfaser, ein Getriebel Schwoitzer von dort 15000 K. Gelbfaser und ein Josef Egg, ebenfalls von Loitstetten 27570 K. Gelbfaser. Die geschmuggelte Ware wurde konfisziert.

Aus der Stadt.

• Karlsruhe, 26. Februar.

Unser Vorteil.

Der Philosoph versucht den Schmerz zu zähmen,
Der Schwermüde den Schlaf zu zähmen,
Der Arbeiter den Hunger zu zähmen,
Der Bauer den Regen zu zähmen,
Der Soldat den Tod zu zähmen,
Der Arbeiter den Hunger zu zähmen,
Der Bauer den Regen zu zähmen,
Der Soldat den Tod zu zähmen.

Der Sieger pflegt nach wohlgeführtem Schlage
Der Niederlagen des Guten Kraft zu zähmen,
Der Blinde neidet ihm die angenehmen,
Durch Raffinerie sorgfältig geschafften Tage.

Ein Volk, das die Arbeit, das Gott will verderben,
Dem Scheitern er in reichen Segensjahren,
Des fruchtbarsten Hühners schönste Gaben.

Laßt sie genugsam ihren Göttern haben,
Wenn wir einst nieder in die Grube fahren,
Beneiden sie uns doch um's letzte Sterben,
Herbmann Rodlinger.

Wissenschaftliche Versammlung der im Reichs- und Staatsdienst ausführenden Beschäftigten.

In „Edenroden“ fanden sich am Dienstag nachmittag die im Reichs- und Staatsdienst ausführenden Beschäftigten ein, um zu ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen Stellung zu nehmen. Die Versammlung war überaus gut besucht, aus Vertretern der Behörden waren erschienen.

Das Referat hatte Koll. Kiefer vor J. N. übernommen. Er führte ein aus:

Es liegt an dem alleingeworzelten System, an der alten Bürokratie, an dem mangelhaften Verständnis für die Not der Angestellten, wenn wir uns schon

Gerausarbeitung des wundervollen harmonischen Kolorits Sorge getragen; den Abend leitete er mit einem interessanten Vortrag ein, der den aber zu berichtigten ist, daß es sich bei der Einführung der Ober nicht um ein philosophisches, sondern höchstens um ein philosophisches Experiment handelt. Dr. Petzsch'sche wichtige Gegenüberstellung der Negativität ist noch hervorzuheben; Heinz J. J. gab in der Rolle des humorvollen Redners ein einmal unterbrochenes Zeugnis guter Darstellungsweise.

Der letzte Montag bildete ein Datum in der Geschichte der Karlsruher Karriere, an das man sich noch lange erinnern wird. Konzertmeister Josef Kessler und Kapellmeister Dr. Otto Mohr veranstalteten einen Abend. Mit einer literarischen Heberlei. Das ist nicht immer notwendig. Besonders bei literarischer zu übertragenden Qualitäten, wie sie an diesem Abend zum Ausdruck kamen. Da war zunächst das etwas preiswürdige Gedicht, dann im letzten Satz besonders, Reichen ein beliedigender Interpret war. Dr. Mohr begleitete: ernst und selbständig. „Aber am Johannis“; die Frühlings-sonate von Beethoven; in gänzlich eigenartiger Ausdeutung, die nicht von der posthume Führung des ersten Themas bis zum letzten genialen Vogenstrich. Das Klavier plätscherte wie ein Silberquell. — Dann kam Strauss; ein zahmer Strauss, wenigstens verhältnismäßig. Was sollen wir viel Worte verlieren? Das Werk trägt mit seinen über Leiden steigenden Melodien den Stempel der Detadens. Über diese beiden jungen Genialitäten leiten Kraft hinein und Leben. So macht es hinauf zu den Höhen einer Kunstregion, die die beiden anscheinend Ort und Stunde vergessen machte, — und uns nicht! —

Zur Frage der Volksmusikpflege wird uns geschrieben: In hartem, treffenden Worten wurde vor einigen Tagen im „Volksfreund“ von der Aufgabe auch der Gesangsvereine als Volkshilfen gesprochen und es bleibt den sachgemäßen Ausführungen nichts hinzuzufügen. Als alter Chormeister möchte ich nur da anknüpfen, wo der Herr Verfasser von den Dirigenten spricht. Es wird wohl kaum irgendwo so viel gesungen, wie in Baden, es wird aber auch kaum irgendwo vielfach so viel Mittelmaßiges geleistet, wie hier. Teils liegt das ja an der Zerstückelung der Kräfte in die vielen Vereine, meist aber wohl daran, daß die Dirigenten vielfach sehr gute Sänger, aber keine Musiker sind! Um nun ein so feinfühliges und ausdrucksfähiges Instrument zu beherrschen, wie ein Chor es schließlich darstellt, bedarf es an die Leitung, wie in jedem Beruf, ein Fachmann. Darum rufe ich allen Vereinen und Dirigenten zu, denen es ernst ist mit der Pflege des Männergesanges: Weg mit den Pflüchern, Majler an die Front!

wieder mit den so brennenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigen müssen. Wir verlangen jetzt einmal von den Behörden eine klare Antwort, ob endlich einmal der ehrliche Wille vorhanden ist, den unter dem Druck der allgemeinen Not stehenden Wünschen der Angestellten Rechnung zu tragen. Durch die ausschließliche Angelegenheit ist endlich einmal ein neuer Geist unter die Beamten angehaucht. Es ist vorher, daß die Behörden selbstständig bestimmen, was mit den ausschließlichen Angestellten geschieht, wir verlangen Mitbestimmung und daß die Angestelltenausgänge und Verbände gehört und nicht immer die Angestellten vor vollendete Taten gestellt werden. Nicht solche Leute sind anzustellen, die lieber 1000 K weniger verdienen wollen, nur damit sie angestellt werden, da dieses meistens Leute sind, mit deren Fähigkeit nicht weit her ist. (Zwischenruf: Schmarobler!) Die Angestellten können nicht von leeren Beamtenmitteln leben, sondern müssen jederseits auch bei evtl. Anstellungen menschenwürdig bezahlt werden. Bedauerlicherweise sind in letzter Zeit sehr rühmliche Erfolge herauszukommen und verlangen wir, daß die Behörden endlich einmal alles dafür tun, daß die im Treiben ein Ende bereitet wird. (Großer Beifall.)

Die Diskussion war eine sehr rege. Koll. Fisch (Landeshauptstelle) führt an, daß die Landeshauptstelle immer noch Gehälter für verheiratete Kollegen von 825 — bezahlt. Der Staat beschäftigt immer noch zahlreiche weibliche Angestellte von Staatsbeamten, die es nicht nötig hätten. Im Kultusministerium sei immer noch kein Angestellten-Ausgang vorhanden. — Koll. K. E. P. (Wohn) teilt mit, daß nach der neuen Besoldungsreform nur die ständigen Angestellten einen Ausstieg wählen dürften und verlangt, daß die ausschließlichen Angestellten das gleiche Recht erhalten.

Koll. Oberle (S. W.) bemängelt, daß beim städtischen Landesamt, sowie bei der Post, den Angestellten jede Stunde und jeder Tag, den sie feilen, abgezogen erhalten. Auch würde der Staat immer noch in starker Anzahl Redier von Staatsbeamten beschäftigen. — Koll. B. D. (S. W.) tritt für die Bildung eines Abbaus und Ausgleichsausschusses ein, wie dies bei den militärischen Dienststellen der Fall ist. — Koll. K. D. (S. W.) teilt mit, daß nach der letzten Bestimmung bei der Post alle kaufmännischen Angestellten entlassen werden sollen und bittet, daß die weiblichen Angestellten eingestellt werden. — Koll. G. (S. W.) vom Reichsbund wie Koll. K. E. P. sprechen sich gegen die einseitige Bevorzugung der Kapitulanten aus und sind der Meinung, daß die Angestellten, die bisher bewiesen haben, daß sie ihrem Vollen gewachsen sind, angestellt werden sollen.

Koll. Schneider (S. W.) freut sich, daß die Angestellten beim Staate endlich einmal aufgewacht sind und bedauert, daß dies nicht schon lange geschah, denn es sei ihm schon passiert, daß ihm von Behörden mitgeteilt worden sei, er würde die Angestellten nur aufheben, denn dieselben seien ja voll und ganz zufrieden, was Redner an Einzelheiten näher beleuchtet. In seinem Schlusswort bedauerte Koll. Kiefer, daß die Mehrzahl der Vertreter der Behörden nach und nach weggegangen sind. Er wünscht der Versammlung vor, daß die Verbände eine Kommission bilden, die dann mit den Behörden nach den vorgelegten Wünschen in Verhandlungen treten. Außerdem bittet er, daß sich die Kollegen zu den kommenden Betriebsratswahlen genügend heranziehen, sich gewerkschaftlich und politisch bilden, dann werden sie künftig allen Anforderungen gewachsen sein. (Starker Beifall.)

Die Bildung einer Kommission wurde einstimmig gutgeheißen, worauf Koll. B. D. die gut verlaufene Versammlung um 7 Uhr schloß.

Das Rote Kreuz als Agent der Deutschnationalen.

Wir sind vor einiger Zeit dem Roten Kreuz einmal auf's Dach gestiegen, weil es den Wohlstand zum Empfang der Heimatlehrer in „Schwarz-Weiß-Rot“ beforzert hat in den neuen Reichsständen. Daraufhin hat uns das Rote Kreuz mitgeteilt, daß hier keine bestimmte Absicht vorliege, man hätte nicht genügend Raum zum Hand umh. usw. Man kann sich ja für alles eine Ausrede zurechtlegen. Dabei ist für uns in Baden nichts leichter, als wie mit dem folgenden badischen Fahnenzug die neue Reichsflagge zuammengunghen — wenn man will. Doch abgesehen von dem. Wie uns mitgeteilt wird, bestätigt sich jetzt das Rote Kreuz auf andere Art in deutschnationalen Sinne. Es läßt durch die Wohltätigkeitsdamen in Rote-Kreuz-Uniform an die kriegsbedürftigen Kriegsgefangenen deutschnationale Willkommensblätter verteilen, in denen es u. a. heißt:

„Seu sein heißt: deutsch sein. Gleich es. Denn die Heimat vereint Euch da brauchen. Unbeachtete lockerten den Grund, auf dem die deutsche Erde stand, bis sie im Sturm brach. Die Heimat, die Ihr mit der Seele suchet, ... sie ist anders geworden, undeutsch.“

Auf der Rückseite des Blattes befindet sich eine Einladung zum Eintritt in die deutschnationale Volkspartei mit den Richtlinien derselben. Wir können und wollen den Wohltätigkeitsdamen den deutschnationalen Himmel nicht austreiben, den sie im höchsten Maße mit Ihren uniformierten Monokelfrisen unwillkürlich eingegeben haben. Das ist ihre Betätigung. Abgesehen von uns wenden wir, daß sie in Dienste einer öffentlichen Einrichtung, als welche das Rote Kreuz bezeichnet werden muß, ihren deutschnationalen Unfug mit den Heimlebrern treiben. Wer wären sie, falls Meinungsverschiedenheit darüber besteht, eventuell auch bereit, soz. demokratische Parteipropaganda in dieser Weise zu machen? Das Rote Kreuz mag uns einmal diese Frage beantworten, damit wir wissen, was wir in dieser Hinsicht von ihm zu halten haben.

„Die Sünde des Jinses“. Wir vertreiben hiermit nochmals auf die heute abend 1/8 Uhr im „Friedrichshof“ stattfindende öffentliche Versammlung. Genosse Pfarrer Steig wird über das Thema: „Die Sünde des Jinses“ sprechen. Erscheint zahlreich und bringt Bekannte mit.

Sozialdemokratische Partei (Bezirk Mühlburg). Am Samstag, 28. Febr., abends 1/8 Uhr, findet eine Parteiverammlung im Caféhaus zum „Gold. Hirs“ statt, mit Vortrag des Gen. Meyer, Hauptlehrer aus Weingarten, über „Straf- und Verbrechen im Volksstaat“. Da Gen. Meyer ein guter und beliebter Redner bekannt ist, wollen die Genossen jetzt schon für einen guten Versammlungsbesuch agieren.

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Da ein Teil der Jugendgenossen und Genossinnen die Volkshilfen im Landestheater besucht, fällt der angelegte Vortrag der Genossin Hs. Fischer aus und wird auf einen späteren Tag verlegt. Die Jugendgenossen und Genossen, die nicht das Landestheater besuchen, treffen sich um 8 Uhr im Lokal „Gambroinshaus“ zu einem gemütlichen Zusammensein mit Spielen, Lesen und Singen. Die Redner wollen mitgebracht werden. Von 1/8 Uhr ab ist Bühnenausgabe.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Am kommenden Freitag, 27. ds. Mts., pünktlich 7 Uhr, findet im „Röntgen“ (Gartenstraße) eine Versammlung statt, in der die Genossin Hauptlehrerin a. D. K. K. über das Thema „Die Frau als Wahllokal“ sprechen wird. Alle Genossen und insbesondere die Genossinnen werden hiermit aufgefordert, für starke Beteiligung zu sorgen. Die Rednerin selbst stand jahrelang in vorderster Front der gegen die Reaktion kämpfenden Frauen.

„Morgen Bibliothekabend! Die umfangreiche Bibliothek des Sozialdemokraten Vereins ist morgen geöffnet. Die Bühnenausgabe findet von 1/8 bis 1/8 Uhr in der Volkshilfenhandlung, Adlerstraße 16, statt. Vertheilt fleißig die Bibliothek, denn: Wissen ist Macht!

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Karlsruher Konzertwoche.

Am Montag der vergangenen Woche veranstaltete Bruno Stürmer im Anschluß an seine damals so beliebten Vorträge Aufführungen eines Kammermusikabends, der nach und seinen Söhnen gewidmet war. In einem interessanten einleitenden Vortrag legte Stürmer die Stellung der Söhne Bachs als notwendiges Glied in der Entwicklung der Musik dar. Ein Konzert von Johann Sebastian für Violine, Fide, Klavier und Streichquartett, eine Sinfonie des unglücklichen Friedemann, von Stürmer prächtig und mit feiner Herausarbeitung der eindrucksvollen Fuge dirigiert, umrahmten das Konzert, dessen Mitte ein nicht sonderlich erschütterndes Trio von J. Christian Bach einnahm, wo sich zu dem den Klavierpart mit großer Linie durchführenden Veranstalter noch Elisabeth Stürmer (Geige) und Alexander Jagalski (Cello) in denkwürdigster Anlehnung gefellten. Dazwischen sang Elisabeth Friedberg eine Arie mit begleitender Fide von Karl Spitel gespielt; besonders bemerkenswert war ihre Stimmbildung gegenüber dem begleitenden Instrument. In fünf geistlichen Liedern konnte sie ihre wertvollen Stimmkräfte, die in stets individueller Klangbehandlung sich in einfacher Vornehmheit geben, noch besonders zur Geltung bringen. Am Sonntag des Abends hatten noch folgende Mitwirkende ihren Anteil: Lulu Dörner (Viola), F. H. Schmeißer (Fide), Leonh. Wizenbacher (2. Geige) und Karl Witter (Baß).

Der Sonntag brachte die vierte musikalisch-historische Aufführung des Münchener Konservatoriums: „La serva padrona“, eine zweiaktige komische Oper von Pergolesi. Ein, besonders im zweiten Akt, ganz entzückendes Werkchen, das umfangreich gar sehr beachtet, später weithin berühmt und gerühmt wurde, ist ein Stückchen voll feinstem Humor. Sein Orchester bildet — das Streichquartett! Und was hat einundzwanzigjährige Pergolesi nicht alles aus diesen gegenüber unjerm heutigen Streichquartett verständigenden Stimmen. Man höre das letzte Duett und man weiß genug! — Die Wiedergabe war famos. Die Enge des Bühnenraumes wurde durch die beiden Sänger bestens überwunden. Elisabeth Friedberg sang die Scarpina mit feiner Stimmfaltung und reizendem Spiel. Otto Wehbecher gab den Uberto recht glaubhaft, gesanglich, wie seine Partnerin, in der prächtigen Partitur voll prägnantem Ausdruck. Das Orchester, das ein Trio der Oper als Überbreite voraus schickte, spielte äußerst klug und ausdrucksvoll. Theodor Mung hatte für beste

OT
ger
Leiden
ertrug
tritt im
und r
Selbst
nicht
trat,
Bild
hiesse
beden
kurzer
Wälder
741 W
A
stellen
dadurch
h n d
lungso
wurde
ein we
des in
gebund
sprach
Einig
aufgan
Karlsru
Empfän
erinnert
entfallt
Reiter
d ä i t
Killing
Reisung
von W
die auf
nebst
entfalt
der Be
Längliche
merkt
auf ein
Mittel
größen
auch in
er ge
lands
Ordnung
nenen
larten

Otto Ruch 7. Im hiesigen Garnisonlazarett starb gestern der Genosse Otto Ruch nach einem langen und schweren Leiden im Alter von erst 21 Jahren. Gen. Ruch war ein eifriges Mitglied der Arbeiterjugend; bis zu seinem Eintritt ins Militär im Jahre 1916 war er einer der fleißigsten und regelmäßigsten Besucher der Jugendveranstaltungen. Selbst während seiner schweren Krankheit ließ er es nicht nehmen, wenn in seinem Leiden eine Besserung eintrat, die Jugend anzuführen. Er war so ein schönes Vorbild aller Jugendlichen. Die Arbeiterjugend betrauert aufs tiefste den Verlust dieses lieben Freundes, dem sie ein treues Gedenken bewahren wird. Möge diese Teilnahme für die schwergeprüften Eltern ein Trost sein, denen nun innerhalb kurzer Zeit der dritte Sohn entrissen wurde als Opfer des Völkermordens. Die Beerdigung findet Freitag mittag 7 1/2 Uhr statt.

Die Lohnbewegung der hiesigen Kaufmännischen Angestellten, über die an dieser Stelle mehrfach berichtet wurde, ist dadurch friedlich beigelegt worden, daß nunmehr auch die Organisation des Karlsruher Einzelhandels und Großhandels mit Mehrheit sich dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses angeschlossen haben. Ihre Stellungnahme wurde dadurch erleichtert, daß von Seiten des Landespreiskamers ein weitgehendes Entgegenkommen bewiesen wurde, ohne welches in einer Reihe von Geschäftszweigen, die heute noch mit gebundenen Kreislaufschlüssen arbeiten müssen, der Schiedsspruch unannehmbar gewesen wäre. Möge die glückliche Erledigung von gütlicher Vorbedeutung sein für die demnächst aufzunehmenden Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrags.

Pflichterfüllung der Militärrenten usw. am 27. Februar. Die Empfänger von Militärversorgungsgeldern werden daran erinnert, daß die Auszahlung ihrer Gehaltsanteile bei den Postämtern am 27. Februar stattfindet. Zur Vermeidung von Verzögerungen ist es nötig, daß die Bezüge pünktlich am Pflichtenstage abgehoben werden. Empfänger, die am Pflichtenstage verhindert sind, werden dringend ersucht, die Bezüge noch im Pflichtenstage abzuheben. Empfänger von Militärversorgungsgeldern, die deren Zustellung in die Wohnung wünschen, haben einen entsprechenden Antrag an die zuständige Poststation zu richten, bei der die Bezüge bisher abgeholt wurden, zu richten. Vordruck zum Antrag gibt die Postanstalt ab, die auch Näheres über das Verfahren und die Zeit der Bestellung mitteilt.

Zusammenschluß der Mittel- und Kleinentner. Die tägliche Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse, die Entwertung des Geldes und die Kursverluste haben die Hoffnung auf einen perubstanten Lebensabend bei so vielen Klein- und Mittelrentnern vollständig zunichte gemacht. Wie in anderen großen und mittleren Städten hat sich letzten Freitag nunmehr auch in Karlsruhe eine Ortsgruppe der Klein- und Mittelrentner gebildet, die sich dem Bunde der Kleinentner Deutschlands anschließen wird. Die nächste praktische Aufgabe der Ortsgruppe wird die Errichtung von Rentnerheimen auf gemeinschaftlicher Grundlage sein. Interessenten erhalten nähere Aufschlüsse durch die Geschäftsstelle, Mittelstraße 7.

Eine Bahnstrecke 40 Pfa. Der Preis der Bahnstrecke Karlsruher wird vom 1. März von 20 auf 40 Pfa. erhöht.

Verkehrsverein. Die 44. Generalversammlung im Saale der „Vier Jahreszeiten“ war sehr gut besucht und nahm in jeder Hinsicht einen befriedigenden Verlauf. Herr Friedrich Wörret (1. Vorstand) brachte einen eng zusammengefaßten übersichtlichen Jahresbericht. Den Spendern von Geldern und erhöhten Beiträgen wird gedankt und das Andenken der verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Tischen gelehrt. Der Rechnungsbericht läßt die wohlgeordneten Kassenverhältnisse und den günstigen Vermögensbestand des Vereins erkennen. Nach Entlastung des Vorstandes und des Rechners und Wahl der früheren Rechnungsprüfer schloß der Vorstand die Generalversammlung. Herr Grambusch hielt hierauf seinen angekündigten Vortrag über das Brechen und Denken der Tiere, besonders über den Mannheimer Hund „Rolf“. Nach dem durch reichen Beifall und Dank des Vorstandes gehaltenen Vortrag erzeuften Hr. Willi Meßler und Hr. G. Hildebrand durch wohlgeleitete Klavierstücke, Luise Dörner durch stimmungsreiche Violin- und Frau Martha Jäger durch gefällige Liedervorlesungen die Zuhörer und erzielten gleichfalls dankbaren, warmen Beifall.

„Katern“ freigegeben. Die Beschlagnahme des humoristischen Monatsblattes „Katern“ für das bayerische Kulturland ist jetzt aufgehoben. Das Heidelberger Bezirksamt hat sein Verkaufsverbot auf die Tatsache gestützt, daß vom Ministerium des Innern die Herausgabe von Satirischen Zeitschriften untersagt wurde. Das Heidelberger Bezirksamt glaubte nun, daß in der neuesten Nummer der „Katern“ eine solche Satirische Nummer vorliegt. Da dies nicht der Fall war, ist jetzt die Beschlagnahme aufgehoben worden.

Landes-Theater. Wegen andauernder Erkrankung von Felix Baumbach findet am Samstag, 28. ds. Mts. anstelle von „Gawan“ eine Neueinstudierung von Arthur Schnitzlers „Liebesletzte und am Sonntag anstatt „Hofstat von der Waiz“ eine Aufführung von „Hofstat“ statt. Die Neueinstudierung von „Macbeth“ wird auf Samstag, den 6. März feierlich, am Dienstag, den 2. März aber „Moral“ wiederholt.

Fahrradabstöße. Am 25. ds. Mts. wurde aus dem Eingang eines Hauses der Reichstraße ein Fahrrad im Werte von 600 Mark und aus dem Hofe einer Wirtschaft in der Kreuzstraße ein solches im Werte von 700 Mark durch unbekannte Täter entwendet.

Veranstaltungen. **Städtisches Konzert in der Festhalle.** Nächsten Sonntag abend 7 1/2 Uhr wird in der Festhalle wieder ein Künstlerkonzert zu Einzelpreisen stattfinden, nachdem das Konzert am vergangenen Sonntag ohne zahlreichen Besuch ausfiel. Das Programm wird auch diesmal vorwiegend heiteren Charakter tragen. Näheres folgt nach.

Vortragszyklus Bruno Schöndel. Der vorletzte Abend findet am Montag den 1. März, 1/8 Uhr, im Rathhaussaal statt und bringt diesmal ein heiteres Werk „Der Meisterdieb“, Komödie von Kurt Geude. Karten in der Musikalienhandlung Felix Müller, Kaiserstraße. Gewerkschaftsangehörigen und Parteimitgliedern erhalten Karten zum ermäßigten Preis von 1.10 Mark in der Expedition des „Volksfreund“.

Die diesjährige Hauptversammlung des Verkehrsvereins findet, wie bekannt gegeben, morgen Samstag den 28. ds. Mts. abends 7 1/2 Uhr, im Weinstübchen der Bahnhofstraße 2. A. statt. Es stehen außer dem Jahres- und Rechenschaftsbericht

wichtige, das Verkehrsleben unserer Stadt und unseres Landes betreffende Punkte auf der Tagesordnung.

Liederabend. Lula Metz-Gmeiner, die am kommenden Freitag den 27. ds. Mts. im Eintrachtsaale singen wird, hat Liedergruppen von Schumann, Julius Weismann und Hugo Wolf, sowie Vokalstücken von Karl Weine zum Vortrag gewählt. Julius Weismann, der bekannte Freiburger Tonsetzer, wurde für den Klavierpart gewonnen, er wird auch Solo spielen, und zwar sechs Klavierstücke, die unter dem Titel „Aus den Werben“ als Opus 57 herausgegeben wurden. Karten bei Herr Neufeldt, Waldstraße 39.

Tanzabend. Die Schwestern Wiesental gelten seit einer Reihe von Jahren als die hervorragendsten Repräsentantinnen der Wiener Richtung der modernen Tanzkunst. Der Konzertdirektion Kurt Neufeldt ist es gelungen, diese berühmte Vereinigung für ihren vierten künstlerischen Tanzabend zu gewinnen, der Montag den 1. März im Eintrachtsaale stattfinden wird. Die Kartenausgabe beginnt heute Waldstraße 39.

Vortrag über Bahai-Religion. Am Freitag, 27. Febr. abends 8 1/2 Uhr, sprechen Frau Konsul Alice Schwarz und Herr Professor Waldschmidt aus Stuttgart im Hotel „Friedrichshof“ über die Bahai-Religion, deren Entstehung und deren Bedeutung für unsere heutige Zeit in Bezug auf Lösung der wichtigsten Lebensprobleme.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Heulleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe.** (Gesangverein „Eichelfeld“). Heute Donnerstag abend 8 Uhr aus wichtigem Anlaß Zusammenkunft aller Sänger im „Eichelfeld“.
- Karlsruhe.** (Deutscher Metallarbeiter-Verein). Am Samstag, den 28. ds. Mts. abends 6 Uhr, Versammlung der Heizungsmonteurs, Füllmonteurs und Helfer im „Cambrinus“, Stellungnahme zum Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses und Beschlußes. Wir bitten die Kollegen, vollständig zu erscheinen. Niemand darf fehlen.
- Durlach.** (Sozialdemokr. Verein). Montag den 1. März, abends 1/8 Uhr, im „Lamm“ Frauenversammlung. Es wird im zahlreichen Besuch gebeten.
- Durlach.** (Sozialdemokratischer Verein). Freitag, 27. Februar, abends 1/8 Uhr im „Lamm“ Mitgliederversammlung. Um pünktliches und vollständiges Erscheinen wird ersucht.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 103, gef. 2; Reßl 200, gef. 2; Ragan 381, gef. 4 Zentimeter.

Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 15

Kommentar zum Betriebsrätegesetz von Dr. Georg Hlason, Hilfsreferent im Reichsarbeitsministerium. Als Anhang sind die wichtigsten arbeitsrechtlichen Gesetze seit der Revolution beigefügt. Preis geb. 0,80 Mark, Porto 30 Pf.

Wer erfindet?
Die Industrie sucht Erfindungen. Anregung in unserer Zeitschrift Nr. 7 mit Aufsätzen über 20 Mark.
umsonst.
W. Bau & Co. Kommanditgesellschaft, Berlin N. O. 67
Eberhardstraße 3

Elektriker
welcher die Arbeit hat mitzureichen, her sofort eintritt. Persönliche Vorstellungsmittels von 10 bis 12 Uhr im Büro.
10066
Groß-Zirkus-Schau
Karl Holz Müller
Ausstellungshalle.

Rücheneinrichtung
sollig zu verkaufen. Anzufragen von 11 Uhr vorm. ab
Waldenstr. 24 (Hof). 1049

Groß-Zirkus-Schau
Karl Holz Müller
Karlsruhe Ausstellungshalle
Telephon 4870.
Heute
Donnerstag, den 26. Februar
abends 7 1/2 Uhr

Große Gala-Vorstellung
Zu dieser Vorstellung sind die städt. Beamten, die Beamten der städt. Polizei, Trambahn und Feuerwehr mit ihren Familien höflich eingeladen.
Für Obengenannte mit Familie gegen Vorzeigung eines Dienstausweises halbe Eintrittspreise.
Kasseneröffnung: halb 7 Uhr.
Vorverkauf im Zigarrenhaus Meyle Marktplatz

Todes-Anzeige.
Vorbereiten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber guter Sohn, Bruder und Neffe
Otto Ruch
im Alter von 21 Jahren gestern abend 7 Uhr nach langem schwerem Leiden, welches er sich während des Kriegesdienstes zugezogen hat, gestorben ist.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Ernst Ruch,
Katharina Ruch, geb. Stredel,
Lina Ruch,
Karlsruhe, den 25. Februar 1920.
Trauerhaus: Winterstraße 40.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag halb 4 Uhr statt.

Arb.-Ges. Gleichheit
19 04
Wir machen hiermit die traurige Mitteilung, daß unser Liebes aktives Mitglied
Otto Ruch
am 24. Februar gestorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag halb 4 Uhr von der Friedhofstabelle aus statt. Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder wird gebeten.
NB. Die Sängerkreise treffen sich um 1/4 Uhr vor der Friedhofstabelle.
Der Vorstand.

Getragene Herren-Hüte
werden zu Konfirmationshüten umgearbeitet und umgearbeitet.
Hutfabrik Alfred Günther
Telefon 3026. **Käufingerstr. 33.**
Mehrere **Häutchen,** deutsche, belg. und japaner, Groß-Russen, Kammer sowie schwebelartigen bill. zu verk.
Joh. Wünsch, Fischweier bei Rastatt (Bad.), Murgtalstr. 5.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Begleitung zur letzten Ruhestätte unseres lieben Mannes und Vaters
Jakob Wälde
städtischer Arbeiter
spreche ich auf diesem Wege, ganz besonders den werten Verbandskollegen, sowie seinen Mitarbeitern, meinen herzlichsten Dank aus.
In tiefer Trauer
Frau Marie Wälde Witwe
und Kinder.
1920

Fleisch-Verteilung.
In der letztenen Woche kamen zur Verteilung: 1225 gr. Geflügelfleisch zum Preis von 21. 5.40 für das Pfund gegen 8 10 Fleischmarken und 50 gr. Fleischwurst, darunter mindestens 20 gr. Fleischwurst, gegen 2.10 Fleischmarken.
Die Kundhaft der Wurstereien Gartner und Rippelius, hat die Wurst schon in der vergangenen Woche erhalten und wird daher diese Woche nicht beliebert.
Karlsruhe, den 25. Februar 1920.
Nahrungsmittellager der Stadt Karlsruhe.

Stenotypistinnen
werden dauernd
168
gesucht.
Städt. Arbeitsamt
Zähringerstr. 100 (weibl. Abtlg.)

Häuser
mit und ohne Geschäft, gleich welcher Lage, sofort zu kaufen gesucht.
15778
Max Busam
Liegenschaftsbüro
Herrenstraße 34.
Bin stets Käufer
von getragenen und neuen Kleidern, Wäsche, Schuhwaren sowie Möbeln aller Art zu höchsten Tagespreisen.
Waldvogel, An- und Verkauf
Durlacherstraße 55. 1922

Lebensmittel
Räucherwaren
Kieler Riesen-Bäcklinge, Kieler Sprotten, Flundersn, Fleckerlinge, Saarländische, Lachs-heringe, Steinbeißer, Riesen-Salzheringe u. Fettheringe.
Marinaden
Kollmops 1.4 Liter-Dos.
Delikatsheringe in 1/4 Liter-Dosen
Essiggurken in 4 Liter-Dosen
Delikatsheringe in 4 Liter-Dosen
Remonad-Heringe in 4 Liter-Dosen
Heringe in Glas in 4 Liter-Dosen
Kippere-Heringe in 1/4 Liter-Dosen
Essiggurken in 4 Liter-Dosen
Prima Saalgurken in 2, 4 u. 8 Liter-Dos.
Mixol-Pickles in 1/2 Kilo-Dosen
Rote Rüben Pfd. 48 Pf.

Fleischsalat (Wassersalat) in ca. 13 Pfd.-Dosen
Corned Beef
Sauerkraut, garniert
Engl. Fleischkons.
Ger. Glasfleisch, Trüffelwurst
Diverses
Kaffee, gebrannt
Kakao, gar. rein
Echt. schwarzer Tee
Hafer-Kakao, Fried.-Qualität
Kakao mit Zucker
asog Dosen
Puddingpulver
Backpulver
Vanillinzucker
Jung. Schnittbohnen
Stangen-, Bröck- u. Schnittbohnen
Erbsen
Apfelsauce, zuckerges.
Birnensauce, zuckerges.
Kirschen, zuckerges.
Mohnsauce
Folien-Kaffee
Echtes Kirschwasser, Cognac, Obst-Schamwahn
Kantorewicz Liköre
Aquarell, Cherry Brandy, Alasack, Curacao
Jaffermilch, Jordal Medos, Magenbitter
Königsbitter, Schlemmerpunsch
Schokolade - Biskuits - Pralinen
Heute und folgende Tage:
Gratis-Ausschank mit Gebäck von
Dr. Oetkers Tee
Jrussische Marken, im Geschmack und Aussehen gleich chinesischen Tee ähnlich.
Her-mann TIETZ



Samstag, den 28. Februar 1920, im „Auerhahn“, Schützenstraße 58.
jähr. Generalversammlung.

Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.
Anträge hierzu sind längstens bis Samstag, den 21. Februar, an den Vorstand einzureichen.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig.
Der Vorstand.

Arbeiter-Ausschüsse und Vertrauensleute im Handels- u. Transportgewerbe von Karlsruhe
Samstag, den 28. Februar, abends 7 Uhr im Saale zum „Elefanten“, Kaiserstraße 42.

Versammlung
für alle im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter-Ausschussmitglieder und Vertrauensleute unserer Organisation.

Tagesordnung:
„Das Betriebsrätegesetz und seine Wichtigkeit für die Handels- und Transportarbeiter.“

Kollegen und Kolleginnen! Wir erwarten, daß sämtliche Arbeiter-Ausschussmitglieder und Vertrauensleute in dieser wichtigen Versammlung erscheinen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Karlsruhe
Vors: Wilhelmstraße 47 - Telefon 3109

Zahlungsaufforderung.
Die Forderungszettel über die Vermögens- und Einkommens- und Beförderungsteuer für das erste Vierteljahr 1920 sind am 23. 2. 20 den Zahlungspflichtigen der Landorte des Amtsbezirks Karlsruhe zugestellt worden.

Die Steuer muß spätestens am 8. 3. 1920 entrichtet werden. Vom 9. 3. 1920 an werden Verzugsgebühren und vom 16. 3. 1920 an Pfändungsanordnungsgebühren erhoben.

Im Benehmen mit dem Herrn Bezirksleiter wird unter teilweiser Aufhebung unserer früheren Verfügungen obigen Betreffs die Begrenzung der Sperrebezirke dahin geändert, daß außer den bezeichneten Gebieten die den nachgenannten Gemeinden beigegebenen Ortsteile als Sperrebezirke erklärt werden und zwar in:

- 1. Hochstetten: Kaiserstraße vom Rathaus bis „zum Girschen“,
2. Liebsheim: Wächlerstraße zwischen Blücher- u. Herrenstraße, Herrenstraße und Hochstetterstraße,
3. Rintheim: Bahnhofstraße von der Friedrichstraße bis Bahnhof, Hauptstraße von Brauerer Weg bis Rathaus, Ringstraße und Schulstraße,
4. Ruppheim: Guttenheimerstraße bis verlängerte Geißstraße, verlängerte Geißstraße, Dinterstraße bis zum Gehöft des Theodor Haber (ausschließlich) und Gartenstall,
5. Welschnieurent: Hauptstraße von Gasthaus „zur Krone“ bis Gasthaus „zur Krone“.

Der übrige Teil der obengenannten Gemarkungen ist Beobachtungsgebiet.
Karlsruhe, den 23. Februar 1920.

Vorteilhafte Herrenstoffe!
Großer Eingang in Neuheiten von Mk. 80.- per Meter an.
Gute Qualitäten! Billigste Preise!
L. Brotz
Marienstr. 18, part.
Ke'n Laden. Telephon 8950

Allgem. Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Durlach.
Bekanntmachung.

Durch Beschluß des Ausschusses der Kasse vom 21. Dezember 1919 und mit Genehmigung des Badischen Oberversicherungsamts Karlsruhe vom 28. Januar 1920 werden die Beiträge zur Krankenversicherung von 5% auf 6 1/2% Prozent des Grundlohns, ebenso die Grundlöhne von 8.- auf 10.- erhöht.

Table with columns: Lohnstufe, bei Arbeitsverdienst, Grundlohn, Beiträge, etc. Rows 1-11 showing wage levels and corresponding contributions.

Table with columns: Lohnstufe, Tägliches Krankengeld, Wöchentliches Krankengeld, Hausgeld, etc. Rows 1-11 showing benefit amounts.

für Erkrankungen, die vor dem 1. März d. J. eintreten, bleiben die bisherigen Lohnstufen maßgebend.
Durlach, den 23. Februar 1920.

Damen-Hüte
zum Umpressen auf neue Formen werden jetzt schon angenommen
Hut-Fabrik Alfred Seidel
Passage 40. Kaiser-Allee 23.

Zahntechnik.
Eltern, deren Kinder die Zahntechnik erlernen wollen, erhalten Auskunft
bei Dentist Nagel, Westendstr. 41.
Wirtschaftliche Vereinigung der Dentisten von Karlsruhe u. Ugd.

Revolution
auf allen Gebieten. Jeder befoht seine Schutze, da das Leder zu teuer ist, nur mit Gummi-Sohlen
das Paar zu 6-7 Mark.
Gummisohlen werden innerhalb 12 Stunden aufgenagelt.

Gummisohlen
das Paar zu 6-7 Mark.
Gummisohlen werden innerhalb 12 Stunden aufgenagelt.
Empfehle auch Gummi-Klöße, rund und form, sowie Gas- und Wasserklände.

Gummwaren-Haus
Werberplatz 34. Werberplatz 34.

Saubere Frau oder Mädchen
ehrliche
für Lagerarbeiten gesucht.
Milchzentrale, Lauterbergstraße 3.

Küchen- u. Hausmädchen
für Wirtschafts-Betrieb zum sofortigen Eintritt
gesucht
Lohn M. 125.- bei freier Station.
Stadt. Arbeitsamt
Nachabteilung für das Hotel- und Wirtschaftsgewerbe Zähringerstraße 98 (Erdgeschob).

Soziald. Partei Karlsruhe
Bezirk Mühlburg.

An Samstag, den 28. Februar 1920, abends halb 8 Uhr, findet im „Saffhaus zum Goldenen Hirschen“ eine öffentliche Parteiversammlung statt.

Tagesordnung:
Vortrag des Genossen Meyer, Hauptlehrer aus Weingarten, über:
„Strafe und Verbreden im Volksstaat“

Es ist Pflicht eines jeden Genossen und Volksgenossen zu erscheinen.
Die Bezirksleitung.

Badischer Volkskirchen-Bund.
Am Donnerstag, den 26. Februar, abends 7/8 Uhr spricht im „Friedrichshof“, unser Bundesmitglied Herr Pfarrer Stelz

über:
„Die Sünde des Zinses.“
Unsere Mitglieder sind zu diesem Vortrag freundlichst eingeladen.

Concordia Gesangverein
„Concordia“
o. V.
Karlsruhe.
Wir erlauben uns, die verehrl. Mitglieder nebst werten Angehörigen zu dem am Samstag, den 28. Februar, abends 7/7 Uhr, in der Glashalle der Festhalle stattfindenden Familien-Abend mit Lichtbilder-Vorführung

Badisches Landestheater.
Donnerstag, den 26. Februar 1920.
Volks-Vorstellung.
Der Troubadour.
Oper in vier Akten von Verdi.

Baubund-Möbel
kaufen Sie preiswert und formschön gegen Barzahlung oder erleichterte Zahlungsbedingungen bei der gemeinnützig. Hausratgesellschaft
Badischer Karbund G. m. b. H.
Karlsruhe
Karl-Friedrichstraße 22 (Eckhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr.
Fernsprecher 5157.

Beste handhabungssichere Sprengstoffe, Sprengkapseln mit Zündschnur
zum Sprengen von Baumstumpen.
Pulverfabrik Ettlingen
Telefon 8. (Baden) Telefon 8

Für Eisenbahner und Arbeiter
ist das Billigste und Praktischste
Dauerwäsche
mit Leinwandeinlage, kalt abwaschbar.
Allein-Verkauf:
Andreas Weing jr.,
Spezialhaus für Dauerwäsche und Herrenmoderartikel
Karlsruhe i. B.,
Kaiserstrasse 40. Tel. 1520.

Essentielle Versicherung
gegen Barzahlung: Forderung vom 3. Vierteljahr 1919 und unanbringliche Forderungsgüter, darunter 1 Fahrrad mit Gummi, 1 Mandoline, 1 Photogramm, 1 Heißglas, Herren- und Damenuhren, Broschen, Vorzeichenadeln, Ringe, Armbänder, Brillen usw. ferner eine Turmuhr mit Schlagwerk am Dienstag, den 2. März 1920, vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend in dem Versicherungsamt Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Karabahnshof). Die besonders genannten Gegenstände werden von 10 Uhr vormittags an ausbezahlt.

Schlecht-Schreiber
kommt einige Stunden zu
F. Buck, Leffingstr. Nr. 78
Spezialschreibschule
Tägl. Anerkennungen des sichern Erfolges bei Schülern von 9 bis 63 Jahren. 1525
Honorar M. 25.-
Auskunftsbrieflich.

Kaufe neue und gebrauchte Möbel
zu hohen Preisen.
Angebote nur Kaiserstr. 69
Krämer's Möbelladen.

Kaufe
getragen Kleider, Möbel aller Art, Gold- und Silbergegenstände.
H. Schap, Kaufgeschäft
Kaiserstraße 67, Eingang Waldhornstraße.

Bettmässen
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskünfte kostenlos.
Sanitas-Depot, Endersbach
A 34, Württemberg.